Nr. 186. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich, vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 9. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Fortdauer der Kämpfe in Moskau.

Belagerungszustand in Moskau.

Die Linksrevolutionäre und der Gesandtenmord.

Moskau, 7. Juli, nachts. In Moskau ist der Belagerungszustand erklärt.

Die gestern Nacht von den Linken Sozialrevolutionären besetzte Telephon- und Telegraphenstation ist von den Bolschewiki einige Stunden später zurückerobert worden.

Die in ihren Quartieren mit Artillerie beschossenen Linken Sozialrevolutionäre haben im Laufe des gestrigen Tages Parlamentäre geschickt. Die Bolschewiki haben bedingungslose Unterwerfung gefordert.

Die Sozialrevolutionäre sollen sich auch mit der Aufforderung zum Streik an die Eisenbahner gewandt haben. Sie haben anscheinend eine Absage erhalten.

Gerüchte, daß in Petersburg, Jaroslaw und in anderen Städten der Aufstand losgebrochen sei, werden von der Regierung als unbegründet bezeichnet.

Die Linksrevolutionäre haben gestern nacht ein Bulletin herausgegeben, in dem sie mitteilen, daß

Graf Mirbach

von der Terroristensektion der Links-Sozialrevolutionäre getötet worden sei. Nach einer Mitteilung der Regierung haben die bisher verhafteten Führer der Linken Sozialrevolutionäre, worunter sich die Spiridonowa befindet, zugestanden, daß das Attentat mit Wissen der Parteileitung ausgeführt worden ist, um den

Bruch des Brester Friedens zu erzwingen.

Soweit bisher festzustellen, hat das Attentat und die seitens der Gegenrevolutionäre ausgegebene Parole: „Krieg gegen Deutschland" diesen viele Anhänger und Helfer abwendig gemacht, infolgedessen besteht begründete Aussicht, daß die Bolschewiki der Lage in Moskau Herr werden.

Die über den Gesandtenmord angestellte Untersuchung hat weiter ergeben, daß das Verbrechen offenbar von langer Hand vorbereitet worden ist. Der ungarische Graf Robert Mirbach wurde nämlich vor ungefähr vier Wochen als Bewohner eines Hotels, in dem eine schwedische Artistin in angeblich gegenrevolutionärem Zusammenhang Selbstmord verübt hatte, verhaftet. Er war, wie die übrigen verhafteten Hotelbewohner völlig unschuldig. Indessen blieb er, während die anderen freigelassen wurden, verhaftet. Die ganze Angelegenheit ist höchstwahrscheinlich von Mitgliedern der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution künstlich geschaffen worden, um einen Vorwand zu haben, zu dem Gesandten persönlich vorzudringen.

Moskau, 8. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Moskauer Sowjet hat beschlossen, die den Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki angehörigen Mitglieder aus seiner Körperschaft auszustoßen.

•

Moskau, 8. Juli. Die Kämpfe in Moskau sind bisher zugunsten der Bolschewiki ausgelaufen.

Aufruf der Bolschewiki von Moskau.

Moskau, 7. Juli. „Prawda" veröffentlicht über die Ermordung des Grafen Mirbach einen Aufruf, in dem u. a. folgendes gesagt wird:

„Gegen 3 Uhr nachmittags sind zwei Agenten des russisch-englisch-französischen Imperialismus zum deutschen Gesandten, Grafen Mirbach, auf Grund einer gefälschten Unterschrift des Genossen Dserjinski mit falschen Beglaubigungspapieren vorgedrungen und ermordeten unter dem Schutze dieses Dokuments den Grafen Mirbach. Einer dieser Hallunken, der diese provokatorische Tat begangen hat, die schon seit langem und verschiedentlich in der Sowjetpresse mit der Verschwörung der Monarchisten und Gegenrevolutionäre im Zusammenhang gebracht worden ist, ist nach vorhandenen Nachrichten ein Linker Sozialrevolutionär, ein Mitglied der Kommission von Dserjinski, der sich verräterischerweise von dem Dienst der Sowjetregierung lossagte und zum Dienst bei Leuten überging, die Rußland in einen Krieg zu verwickeln trachten und damit Wiederherstellung der Regierung der Gutsbesitzer und der Kapitalisten sichern wollen. Rußland befindet sich augenblicklich durch die Schuld von Hallunken aus den Reihen Linker Sozialrevolutionäre, die sich auf den Weg Sawinkows und seiner Genossen verleiten ließen,

auf Haaresbreite vor einem Kriege.

Schon die ersten Schritte der Sowjetregierung in Moskau zur Ergreifung des Mörders und der Helfershelfer wurden von den Linken Sozialrevolutionären damit beantwortet, daß sie einen Aufstand gegen die Sowjetregierung begannen. Sie besetzten zeitweilig das Kommissariat von Dserjinski, verhafteten den Vorsitzenden Dserjinski und das Mitglied Lazis und die hervorragendsten Mitglieder der russischen kommunistischen Partei (Bolschewiki). Die Linken Sozialrevolutionäre bemächtigten sich sodann der Telephonstation, begannen eine Reihe militärischer Handlungen, in denen sie mit bewaffneten Kräften einen kleinen Teil Moskaus besetzten und die Sowjetautomobile abzufangen begannen. Die Sowjetregierung hat als Geiseln alle im Großen Theater befindlichen Delegierten des fünften Kongresses der Sowjets aus den Reihen der Linken Sozialrevolutionäre festgehalten und alle Maßregeln getroffen, um die Pläne der Weißen Gardisten sofort zu unterdrücken und zu liquidieren. Alle, die den Wahnsinn und das Verbrechen einsehen, wodurch Rußland jetzt in einen Krieg verwickelt würde, unterstützen die Sowjetregierung. Daran, daß der Aufstand schnellstens liquidiert wird, besteht auch nicht der leiseste Zweifel. Alle auf ihre Posten! Alle zu den Waffen! Nieder mit den Dienern der Weißen Garde!

Die Linksrevolutionäre.

Die während der Revolution aus der „Partei der Sozialisten-Revolutionäre" ausgeschiedene Linke, die sich seitdem als eine besondere Partei — die „Partei der linken Sozialisten-Revolutionäre" — konstituiert hat, ging mit den Bolschewiki bis zum Abschluß des Brester Friedens durch dick und dünn. Jetzt bekennt sie, ein Attentat verübt zu haben, das zu den schwerwiegendsten Folgen führen könnte. In diesem Kalkül auf die politischen Folgen des Attentats äußert sich die politische Naivität, die allerdings stets das Merkmal der Partei der Sozialisten-Revolutionäre bildete.

Die Partei der Sozialisten-Revolutionäre unterscheidet sich in ihrem Programm von der Sozialdemokratie dadurch, daß sie die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels verwirft und nur seine rein ökonomische Lehre vom Mehrwert akzeptiert. Sie lehnte es ab, das Proletariat allein als den Träger des Sozialismus anzusehen und behauptete seit jeher, die russische Bauernschaft stelle dank den ihr angeblich innewohnenden Veranlagungen ein nicht minder sicheres, vielleicht überlegeneres Bollwerk des Sozialismus dar. Ihre Argumente aus den Lehren der idealistischen Philosophie schöpfend, predigten sie den Zusammenschluß der Bauernschaft und des Proletariats unter Führung des dritten Faktors — der zielbewußten, durch hohe Ideale begeisterten kenntnis- und initiativereichen Intelligenz. Indem sie diesen dritten Faktor eine so hohe Bedeutung beimaßen, traten die Sozialisten-Revolutionäre dafür ein, daß durch großartige persönliche Taten, Beispiele von Aufopferung für die Sache der Revolution und dergleichen eine günstige politische Atmosphäre für die Entfaltung der in der Masse schlummernden revolutionären Kräfte herbeigeführt werde. Daher waren sie stets Terroristen, programmatisch und konsequent. Es ist denn aber klar, daß während einer Revolution, in der die revolutionären Kräfte auf das angespannteste wirken, die Weiterführung des terroristischen Kampfes zwecklos ist. So hat die Partei nach Ausbruch der ersten Revolution 1905 und während der Tagung der ersten Duma durch offiziellen Parteibeschluß die terroristische Tätigkeit zeitweise eingestellt. Aehnlich war es auch während der gegenwärtigen Revolution, und von einem Terrorismus der Partei konnte daher keine Rede sein.

Aehnlich wie bei der Sozialdemokratie vollzog sich innerhalb der Partei der Sozialisten-Revolutionäre vom Standpunkt der Taktik aus eine Scheidung nach drei Richtungen: die Linke, das Zentrum und die Rechte. Während die Linke, wie erwähnt, mit den Bolschewiki zusammenging, gerieten die anderen Strömungen in die Opposition, die sie der in Opposition befindlichen Sozialdemokratie nichtbolschewistischer Färbung näherbrachte. Die „Linken Sozialisten-Revolutionäre" — um sie genau so zu nennen, wie sie sich selbst bezeichnen — waren auch in der Sowjet-Regierung vertreten; sie stellten sieben von den 18 „Volkskommissaren" (Minister nach der bolschewistischen Redeweise). In allen Fragen der Politik waren sie mit den Bolschewiki einig, und nur der Brester Friede brachte eine Wandlung. Die linken Sozialisten-Revolutionäre vertraten die Ansicht, daß das Nachgeben den deutschen Forderungen gegenüber die Durchführung des Sozialismus — wie sie und die Bolschewiki diesen verstehen — gefährde, daß die Kapitulation vor dem deutschen Imperialismus unbedingt die Kapitulation vor der einheimischen Bourgeoisie bedeute. Als die Bolschewiki trotz ihrer Proteste den Friedensvertrag unterzeichneten, sagten sie sich von diesen los und traten zur Opposition über, ohne sich mit der Stellungnahme der übrigen sozialistischen Parteien zu identifizieren. Nicht an der Seite der imperialistischen Entente wollten sie gegen Deutschland kämpfen, sondern sie wollten den Widerstand der Revolution gegen jede Bedrückung durch äußere Gewalt bis zuletzt fortsetzen. Da sie keine anderen Wege sahen, um ihre Ansichten durchzusetzen, griffen sie jetzt zu ihrem früher erprobten Mittel, in dem Glauben, daß das Attentat gegen den Botschafter des Deutschen Reiches die von ihnen ersehnten Folgen bringen würde.

In einigen Meldungen wird im Zusammenhang mit dem Attentat der Name Sawinkow genannt. Sawinkow, der der Rechten der Partei der Sozialisten-Revolutionäre angehört, war früher an der Spitze der terroristischen Kampforganisation der Gesamtpartei. Während des Krieges ist er mit Haar und Haut der Sache der Entente ergeben. Die Verquickung der Namen der Attentäter aus dem Lager der linken und rechten Sozialisten-Revolutionäre macht das Bild unklar und läßt nicht mit Sicherheit erkennen, welchen Ursachen und Motiven die Ermordung des Grafen v. Mirbach entsprungen sein mochte.

Vor der zweiten Lesung der Steuervorlagen.

Die nächsten Tage werden im Reichstag der Verabschiedung der Steuervorlagen gewidmet sein. Es waren ihrer 12, als sie dem Reichstag zugingen. Sie sind durch die Ausschußberatungen noch um eine vermehrt worden. An dem Tage, an dem der Reichstag in die Sommerferien geht, wird er also der Regierung ein volles Bäckerdutzend fertiger Steuergesetze überreichen, die im ganzen einen Jahresertrag von 4,2 Milliarden Mark liefern sollen.

Das neue Gesetz, das noch hinzugekommen ist, schafft keine neue Steuer, wird aber doch der Reichskasse sehr erhebliche Einnahmen zuführen. Es ist das aus der Initiative des Hauptausschusses hervorgegangene Gesetz über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsaufsicht für Zölle und Steuern.

Nach der prinzipiellen Seite hin drückt dieses Gesetz der diesjährigen Steuerarbeit des Reichstags das Gepräge auf. Der Bundesrat würde eine solche Vorlage dem Reichstag nimmermehr gemacht haben, und wenn er könnte, wie er möchte, würde er auch dem vom Reichstag ihm vorzulegenden Gesetz seine Zustimmung nicht geben. Aber der Reichstag wird Vorkehr treffen, damit der Bundesrat dieses Gesetz nicht ablehnen kann. Er wird entsprechend dem Ausschußantrag eine ausdrückliche Gesetzesbestimmung beschließen, wonach das Gesetz über den Reichsfinanzhof und die Reichsaufsicht einheitlich mit allen übrigen Steuergesetzen in Kraft tritt. Der Bundesrat müßte also die sämtlichen 12 Steuergesetze ablehnen und auf die Jahreseinnahme von 4 200 000 000 Mark verzichten, wenn er das Zustandekommen dieses einen Gesetzes verhindern wollte. Das wird er nun kaum tun.

Die Schaffung des Reichsfinanzhofes ist ein grundlegender Schritt in der Richtung einer Vereinheitlichung der deutschen Steuergesetzgebung und -verwaltung. Der Reichsfinanzhof hat Recht zu sprechen in allen die Reichssteuerverwaltung betreffenden Streitfragen. Man erkennt sofort die Bedeutung dieser neuen Reichsinstanz, wenn man sich vor Augen hält, daß heute in den Reichssteuerfragen noch die obersten Spruch- und Beschlußbehörden der einzelnen Bundesstaaten endgültig entscheiden. Es wird nicht dabei bleiben, daß der Reichsfinanzhof nur Reichssteuerfragen entscheidet. Auch die bundesstaatliche Steuerverwaltung bedarf der Vereinheitlichung. Die Entwicklung wird, allen Widerständen zum Trotz, ähnlich wie auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege dahin führen, daß zwar die unteren und mittleren Steuerbehörden bundesstaatlichen Charakter tragen, die oberste Instanz aber — auch in den Fragen der einzelstaatlichen Steuerpraxis — eine einheitliche Reichsinstanz wird. Es liegt nicht nur im Zuge der Zeit, daß die großen Verschiedenheiten der Steuergesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten schwinden müssen, nein, das lawinenartige Anschwellen der gesamten Steuerlasten und vor allem das unabwendbare Eindringen des Reichs in das Gebiet der Besitzbesteuerung erfordert gebieterisch möglichst gleichmäßige Belastung ohne Rücksichtnahme auf die bundesstaatlichen Grenzpfähle.

In der gleichen Richtung liegt die nicht minder bedeutsame reichsgesetzliche Ausgestaltung der Reichsaufsicht über Zölle und Steuern. Aus dem Rudiment, das im Artikel 36 der Reichsverfassung verborgen schlummerte, wird plötzlich ein entwickeltes Organ. Bisher wurde durch sogenannte Reichszoll- und Steuerbeamte, die Zwittergestalten waren, die Aufsicht über die Erhebung der Zölle und Verbrauchsabgaben des Reichs ausgeübt. Diese Beamten hatten keinen klaren Rechtsboden unter den Füßen, ihre Befugnisse waren zweifelhafter Art, sie vegetierten bescheiden neben den Landessteuerbehörden, die sich von ihnen nicht imponieren ließen. Jetzt wird durch Gesetz klar ausgesprochen, daß die Reichsaufsicht auf dem Gebiete der Zölle und Reichssteuern (vor allem auch der Besitzsteuern!) durch besondere, dem Reichskanzler unterstellte Behörden wahrgenommen wird. Diese Behörden haben die gleichen Ueberwachungsbefugnisse, wie sie den mit der Verwaltung der Reichsabgaben betrauten Landesbehörden zustehen, sind berechtigt, sich an einem Streitverfahren über einen Abgabeanspruch zu beteiligen und selbständig Rechtsmittel einzulegen. Wenn also der Landrat, der in großen Teilen Preußens noch Bezirkssteuerbeamter ist, mit der Erhebung der Kriegsgewinnsteuer betraut ist, so muß

er gestatten, daß der mit wirksamen Befugnissen ausgestattete Reichsaufsichtsbeamte darüber wacht, daß der Steuergesetzpflichtige dem Reich auch seinen vollen Tribut zollt. Die Bundesratsvertreter haben ob dieser angeblichen Unterhöhlung des föderativen Reichscharakters gebebt, aber der Hauptausschuß ist hart geblieben. Die ausgebaute Reichsaufsicht wird dafür zu sorgen haben, daß so ungeheure Unterschiede in dem Aufkommen einer Reichssteuer, wie sie bei der Kriegsgewinnsteuer zu verzeichnen waren, nicht wieder vorkommen. Nach dem Maßstab des Aufkommens in dem Bundesstaat mit der schärfsten Steuerkontrolle, nämlich Württemberg, hätte die Kriegsgewinnsteuer der Reichskasse statt 5,7 mehr als 9 Milliarden Mark bringen müssen.

Nach der materiellen Seite hin ist der Ausschußarbeit der Stempel aufgedrückt worden durch die beträchtliche Erweiterung der Besitzbesteuerung. Die in das Gesetz über die Kriegssteuer der Gesellschaften im 4. Kriegsgeschäftsjahr durch Beschluß des Hauptausschusses eingefügte Steuer auf das Mehreinkommen und das Vermögen bewirkt, daß dieses Gesetz statt der erwarteten 600 Millionen etwa 1800 Millionen Mark Einnahmen liefern wird. Mit saurer Miene haben die einzelstaatlichen Finanzminister auch diese Erweiterung des Bundesratsprogramms genehmigen müssen. Den Trost, daß mit der Abwehr der Besteuerung der regulären Einkommen durchs Reich ihr Dogma des bundesstaatlichen Privilegs der Einkommenbesteuerung gewahrt sei, kann man ihnen einstweilen gönnen. Er wird sich als ein Scheintrost erweisen. Denn nicht nur ist Mehreinkommen auch Einkommen, sondern auch die Erfassung des normalen Einkommens durch das Reich ist bei dem ungeheuren Bedarf der Reichskasse eine Frage kurzer Zeit.

Die Mehreinkommensteuer, die erst beginnt bei Einkommen von wenigstens 10 000 M. und bei einem darüber hinaus reichenden Einkommenszuwachs von mindestens 3000 M., steigt von 5 Proz. für die ersten 10 000 M. bis auf 50 Proz. bei Mehreinkommen von mehr als 200 000 M. Die Vermögensabgabe läßt Vermögen von weniger als 100 000 M. frei, trifft aber die größeren Vermögen mit 1 vom Tausend für die ersten 200 000 M. und steigt bis auf 5 vom Tausend bei Vermögen von mehr als 1 Million. Auf eine Vermögensrente von 5 Proz. umgerechnet, ergibt das eine besondere Besteuerung des Vermögenseinkommens von 2—10 Proz. Das ist gewiß, wie selbst ein Zentrumsabgeordneter aussprach, eine bagatellartige Belastung im Vergleich zu der Besitzbesteuerung in England. Und wenn man die enormen Vermögensverschiebungen durch den Krieg betrachtet und bedenkt, daß in Preußen die Zahl der Einkommen von über 100 000 M. von 5215 im Jahre 1914 auf 8926 im Jahre 1917 und das Gesamteinkommen dieser Zensitengruppe von 1265 auf 2227 Millionen angewachsen ist, daß ferner bei einer jährlichen Zunahme von 15 Proz. die Zahl dieser Steuerpflichtigen im Jahre 1918 2561, ihr Gesamteinkommen 2561 Millionen (mehr als doppelt soviel wie 1914 auf dieselbe Gruppe entfiel!) betragen wird, so können weder persönliches Mitleid noch volkswirtschaftliche Bedenken irgendwelcher Art gegen dieses Maß der Besitzbelastung wach werden. Man hätte ruhig noch kräftiger zugreifen können, aber vorläufig war eine Mehrheit für eine schärfere Besitzsteuer nicht zu bilden.

Vergleicht man das Erreichte mit den Regierungsvorschlägen, so erscheint es auch keineswegs unwesentlich. Wenn man, was unbedenklich geschehen kann, die Börsensteuern zu den Besitzsteuern zählt, so wollte die Regierung bei 2200 Millionen Mark Verbrauchssteuern 800 Millionen Mark Besitzsteuern zugestehen. Nach den Ausschußbeschlüssen werden den 2200 Millionen Verbrauchssteuern 2000 Millionen Mark Besitzsteuern gegenübergestellt. Berücksichtigt man ferner, daß das Branntweinmonopol vorläufig gar keine, die übrigen neuen Verbrauchssteuern nur in der zweiten Hälfte des laufenden Etatsjahres Erträge liefern, so ist im Jahre 1918 nicht ganz mit einer Milliarde neuer Verbrauchssteuereinnahmen, dagegen mit den vollen 2 Milliarden Mark Besitzsteuereinnahmen zu rechnen. Nach Ablauf des Jahres 1918 fällt aber die Mehreinkommen- und die Vermögenssteuer, wenn sie nicht erneuert wird, wieder weg, wogegen die Verbrauchssteuern weiter fließen. Das ist der Kardinalfehler unserer Kriegssteuergesetzgebung, daß bis jetzt alle Besitzsteuern einmalige, die Verbrauchssteuern aber dauernde sind. Wir werden nun freilich auch dauernde Besitzsteuern bekommen, nicht nur in Form der Mehreinkommens- und Vermögensbesteuerung, sondern insbesondere auch der viel schärferen Erbschaftsbesteuerung, aber Kämpfe wird es zunächst noch kosten. Mit wachsendem Erstaunen werden die von den Verbrauchssteuern hart betroffenen Volksmassen Kenntnis nehmen von der Ablehnung der sozialdemokratischen Erbschaftssteuer-Resolution durch die bürgerlichen Parteien im Hauptausschuß. Wenn die bürgerlichen Parteien nicht wollen, daß die Erbschaftssteuerfrage eines Tages in noch viel höherem Grade das Machtverhältnis der Parteien umschichtet, wie sie es nach den Steuerkämpfen von 1909 tat, so werden sie nicht mehr lange um den heißen Brei herumgehen dürfen.

Die Regierung hat ihre Zustimmung zur Erweiterung des Besitzsteuerprogramms an die Bedingung geknüpft, daß aber nun auch alle Steuern mit dem Ertrag, den sie erhofft, gleichzeitig verabschiedet werden. So kommt es, daß der Ausschuß für das Branntweinmonopol in der letzten Woche Tag und Nacht an dem schwierigen und umfangreichen Gesetz gearbeitet hat, um es unter Dach zu bringen; so kommt es auch, daß die Weinsteuer wieder von 10 auf 20 Proz. erhöht wurde. Immerhin sind einige Verbesserungen bei den Verbrauchssteuern erzielt worden, die in der Vollversammlung zum Teil noch umstritten werden dürften. Die wichtigste und nicht mehr angefochtene Verbesserung ist die beim Umsatzsteuergesetz erreichte, wonach die Gemeinden neben den ihnen in der Vorlage schon zuerkannten Anteil von 10 Proz. des Steuerertrags weitere 5 Proz. bis zum Betrage von 50 Millionen Mark bekommen sollen mit der Verpflichtung, sie zur Beschaffung billiger Lebensmittel zu verwenden.

Im ganzen ist die sozialdemokratische Kritik an dem Steuerplan des Reichsschatzsekretärs, wenngleich die Verbrauchssteuern nicht zu werfen waren, nicht vergebens gewesen. Die größten Verbesserungen, die erreicht wurden, sind im Plenum nicht mehr gefährdet.

Die Gegenrevolution in Rußland

Die Ententetruppen im Murmangebiet — Das Aufstandsgebiet der Tschecho-Slowaken — Die Zarenmordlüge.

Moskau, 6. Juli. Die hiesige Presse meldet: Am 16. Juni ist in Ker ein Panzerzug mit englischen, französischen und serbischen Truppen unter Führung russischer Offiziere eingetroffen. Der Führer des Zuges gab an, der Zug sei eingetroffen, um die Stadt gegen anrückende Finnländer zu verteidigen.

Artilleriekampf und Erkundungstätigkeit im Westen — Deutsche Seeflieger gegen englische U-Boote vor der Themse — Schweres Ringen am Monte Pertica.

Berlin, 8. Juli 1918, abends. Amtlich.

Englische Teilangriffe beiderseits des La Bassée-Kanals sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 8. Juli 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Artillerietätigkeit lebte am Abend auf. Sie nahm während der Nacht beiderseits der Lys, am La Bassée-Kanal und zu beiden Seiten der Somme zeitweilig große Stärke an. Rege Erkundungstätigkeit. Stärkere Vorstöße des Feindes bei Merris und südlich der Lys scheiterten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Westlich von Chateau-Thierry hielt lebhafter Feuerkampf an. Vorstöße des Feindes gegen den Clignon-Abschnitt und südwestlich von Reims wurden abgewiesen.

Leutnant Billik errang seinen 22. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Berlin, 8. Juli. **Am 6. Juli nachmittags haben zwei Staffeln der Seeflieger des Marine-Korps unter Führung von Oberleutnant der Reserve Christiansen und Leutnant der Reserve Becht vor der Themse-Mündung die englischen U-Boote C. 25 und E. 51 durch Bombentreffer und Maschinengewehrfeuer schwer beschädigt. Feindliche Zerstörer versuchten die beiden U-Boote einzuschleppen. C. 25 wurde zuletzt im sinkenden Zustande beobachtet.**

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Bericht.

Wien, 8. Juli 1918. **Amtlich wird verlautbart:**

Das Ringen um die Casson-Stellungen östlich des Monte Pertica dauerte bis in den Nachmittag an. Siebenmal hatte sich das tapfere Ottocaner-Regiment Nr. 79 im Gegenstoß auf den Feind geworfen, ehe dessen Angriffskraft völlig gebrochen war und er endgültig in seine Gräben zurückflüchten mußte. Der Regimentskommandant der Ottocaner, Oberstleutnant Karl Zoller, ist an der Spitze seiner Braven den Heldentod gestorben.

Sonst im Südwesten keine größeren Kampfhandlungen.

In Albanien ging gestern der Italiener an der mittleren und unteren Bojusa mit starkem Westflügel zum Angriff über. Wir nahmen unsere im Finßtal vorgeschobenen Postierungen gegen die Hauptstellung zurück.

Die **Angestellten der Murmanbahn** haben sich in einer am 28. Juni in Ker abgehaltenen Versammlung für ihre bolschewistischen Vertreter ausgesprochen und die Mitglieder der Sozialrevolutionären und menschewistischen Partei aus dem Eisenbahner-Sowjet ausgeschlossen. Der Delegiertenkongreß aller Militär- und Seeabteilungen des Abschnittes Weißes Meer—Murmansk hat die Einberufung eines allrussischen Kongresses der Seeleute beschlossen, um die Aufgaben der Flotte in der jetzigen Lage zu klären.

Die im **Abschnitt Syskan** gelegenen Stationen Naleyka und Nowospasskoje sind von den Rätetruppen eingenommen. In der Richtung auf Shadrinsk zeigen sich Kosakenpatrouillen. Im **Abschnitt Omsk** entwickeln sich Kämpfe zugunsten der Rätetruppen. Auch im **Dongebiet** wird mit den Kosaken heftig gekämpft.

Nach Mitteilungen aus tschechischen Kreisen in Moskau verstärkt sich der Einfluß der tschechischen Kommunistenpartei unter den tschechischen Soldaten. Einzelne tschechische Abteilungen haben sich geweigert, gegen die Rote Armee zu kämpfen, und verlangen genaue Angabe der Kriegsziele und der russischen Friedensbedingungen, sowie Verhandlungen mit der russischen Regierung.

Moskau, 7. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Vizepräsident des Vollzugsausschusses des Sowjets in Jekaterinburg hat dem Rat der Volkskommissare telegraphisch mitgeteilt, daß die Nachricht von der **Ermordung des ehemaligen Zaren** eine der üblichen **provokatorischen Lügen** ist.

Kosakischer Hilferuf aus Turkestan an die Alliierten.

London, 8. Juli. Die „Times" erfährt aus Peking vom 8. Juli, daß die russischen Konsuln in Chinesisch-Turkestan in ihren Berichten nach Peking furchtbare Schilderungen von den Ereignissen in dem von den Bolschewiki beherrschten benachbarten russischen Gebiet geben. Hiernach haben die Bolschewiki im März ein **Ultimatum an die Bucharei** gerichtet, worin der Rücktritt des Emirs und die Einführung der bolschewistischen Regierungsform verlangt wurde. Die Expedition, die ausgeschickt wurde, um diesem Ultimatum Nachdruck zu geben, soll sich höchst brutal benommen haben. Die auf dem Lande arbeitenden Bauern seien aus Panzerzügen niedergeschossen, Städte seien geplündert und Frauen seien vergewaltigt worden. Der Staatsbank seien 40 Millionen Rubel gestohlen worden. Im April sei dann ein Abkommen geschlossen und demzufolge die Bevölkerung entwaffnet und die Armee auf 12 000 Mann, die ausschließlich mit alten Waffen ausgerüstet sind, herabgesetzt worden. Die russischen Flüchtlinge seien ausgeliefert und den bolschewistischen Truppen sei gestattet worden, alles, was sie benötigten, zu requirieren.

Weiter meldet die „Times": Der Sowjet von **Taschkent** hat sich die **Semirjetschensk-Provinz unterworfen**. Die Kosakenbevölkerung hat sich gut gehalten, ist aber nicht imstande gewesen, Widerstand zu leisten. Sie hat sich jetzt in der nördlichen Ecke der Provinz versammelt, von wo sie am 5. Juni einen **dringenden Hilferuf** an die Alliierten richtete.

So wollen die Alliierten es haben. Sie werden den Hilferuf nicht ungehört verhallen lassen. Für ihre Sache ist es natürlich von ungeheurer Bedeutung, an ein gegenrevolutionäres Westsibirien die riesigen und reichen Gebiete Turkestans anzugliedern.

Die Irrfahrten Kerenskis.

Dänische Blätter melden aus London, daß Kerenski vor seinem bekannten Auftreten in der Londoner Konferenz der englischen Arbeiterpartei mehrere Tage unbekannt in London sich aufgehalten habe. Niemand wisse aber, wie es ihm gelungen sei, aus Rußland zu entkommen. Er sei plötzlich zu einem Essen erschienen, das die Unterhausmitglieder Branting zu Ehren gaben. Entgegen den vielen Gerüchten, die über Kerenski seit seinem Sturz zirkulieren, ist die Petersburger „Molwa" in der Lage, folgenden Bericht über Kerenskis Odyssee zu geben:

Nachdem der Feldzug gegen Petersburg mißglückt war, rettete sich Kerenski verkleidet als Matrose nach Luga und von dort nach Taganrog, wo er sich dem lokalen Sowjet zu erkennen gab in der Hoffnung, bei den südlichen Sowjets Unterstützung gegen Petersburg zu finden. Da Kerenski in Taganrog ein kühler Empfang bereitet wurde, begab er sich zu den Donkosaken. Dort betrachtete man ihn aber als den Schuldigsten an dem Emporkommen der Bolschewiki. Ende November begab sich Kerenski wieder inkognito nach Petersburg. Er fühlte sich aber durch die ständigen Nachforschungen gezwungen, eiligst über die Grenze nach Finnland zu reisen. Dort lebte er bis zum Ausbruche des finnländischen Bürgerkrieges größtenteils in Tammerfors. Da er jedoch fürchtete, in die Hände der Roten Garde zu geraten, floh er durch Finnland nach Nordkarelien und von dort durch Russisch-Karelien und Archangelsk nach Norwegen. Ueber die Kornilow-Affäre hat Kerenski in Norwegen eine ausführliche Broschüre veröffentlicht.

Die weißruthenische Unabhängigkeit.

Kowno, 7. Juli. Wie die „Baltisch-Litauischen Mitteilungen" erfahren, wandte sich eine weißruthenische Abordnung an Rakowski, den Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in Kiew, mit einer Denkschrift über die Unabhängigkeit Weißruthениens. Die Abordnung berief sich auf die Anerkennung der Unabhängigkeit durch die Mittelmächte. **Rakowski nahm die Denkschrift nicht an.**

Deutsch-dänische Handelsberatungen.

Kopenhagen, 8. Juli. (Meldung von Ritzaus Bureau.) Der deutsche aus sechzehn Mitgliedern bestehende Ausschuß, der die Verhandlungen über den deutsch-dänischen Handelsverkehr führen soll, ist gestern abend von Berlin eingetroffen.

Die Liga der Menschenrechte an Wilson.

Laut „Pays" forderte die Liga der Menschenrechte den Präsidenten Wilson auf, darauf hinzuwirken, daß die Ententeregierungen ihre Kriegsziele veröffentlichen und die Erklärung abgeben, daß sie nicht beabsichtigen, ihren Frieden dem besiegten Gegner aufzuzwingen, sondern daß sie den Frieden aus sich selbst heraus organisieren wollen zum Besten der Menschheit.

Es liegt nahe, bei dem Ruf der Liga der Menschenrechte, dieser Schöpfung eines so ideal gesinnten Geistes wie Pressensé es war, aufzumerken, zumal in dieser Phase des Krieges, in der der Schrei nach dem Gewaltfrieden zum Kriegsziel geworden ist. Aber Vorsicht ist geboten. Was heißt das: den Frieden aus sich selber heraus organisieren?

Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß die Liga der Menschenrechte vor gut zwei Jahren — in der Briand-Zeit — mit einem Bekenntnis zu der Forderung nach Wiederauslieferung von Elsaß-Lothringen hervortrat. Damit aber sprang sie den Kriegsverlängerern bei, und sie hat von ihrer Forderung seither nicht abgelassen.

Der Ruf der Liga rechnet denn auch mit dem Siege der Alliierten. Sie sind es, die die Welt neu einrichten sollen, und bei diesem Werk sollen sie menschheitlich gnädig verfahren. Was die Liga für den Friedensbau, der ihr vorschweben mag, voraussetzt, trennt ihre Forderung durch eine breite Kluft von dem, was wir Verständigungsfrieden nennen.

Albert Thomas* für deutschen Staatskapitalismus.

Wie Lyoner Blätter aus Paris berichten, erörterte die französische Kammer in der Sitzung am 2. Juli die Erneuerung der Privilegien der Bank von Frankreich auf weitere 25 Jahre. Mehrere Abgeordnete befürworteten die Vorlage. Albert Thomas legte dagegen dar, eine Erneuerung auf 25 Jahre sei nicht notwendig. Der Kredit der französischen Banknoten sei nicht an die Erneuerung geknüpft, weil der Kredit der Bank von Frankreich nicht von dem Kredit der anderen Banken getrennt werden könne. Der Kredit Frankreichs sei ein Faktor des Sieges an der Front. Uebrigens könnte auch ein 25jähriges Privileg den **Notenumlauf von 30 Milliarden** nicht herabsetzen. Das Problem gehe weit über die Machtbefugnisse der Bank von Frankreich hinaus, während für die Kursfrage die Erneuerung nicht genüge. Thomas befürwortete die Schaffung einer kontrollierten unabhängigen Bank, da der Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß in Frankreich ganz besonders scharf sein werde. Die Lösung liege vielleicht in einer **sehr kurzfristigen Privilegienerneuerung**. Man müsse sich vorbereiten. Deutschland organisiere jetzt schon den **ungeheuerlichsten Staatskapitalismus**, der die **Reorganisation Deutschlands ermöglichen** solle unter Berücksichtigung sozialer und wirtschaftlicher Bedürfnisse und Wünsche. Diese Organisation sei nachahmenswert.

Die Kammer ging sodann zur Erörterung der einzelnen Artikel über, ohne zu einer Abstimmung zu gelangen. Das Gesetz wird nunmehr schon seit drei Wochen erörtert.

Der Widerstand des französischen Privatkapitalismus gegen die Folgen des schuldentürmenden Weltkriegs, die das Staatsmonopol erzwingen, scheint nicht gering zu sein. Nun sucht Thomas ihm beizukommen mit dem Hinweis auf die Gefahr, daß Deutschland finanzpolitisch Frankreich überholen könne. Er appelliert an den Patriotismus, aber was läßt sich damit schließlich bei jener Schicht der Gesellschaft ausrichten, deren Patriotismus sich ergibt aus dem Recht, ihr Kapitol möglichst staatlich unbeschränkt wirtschaften zu lassen.

Aufregung in Spanien.

Die Annahme des Spionagegesetzes.

Das Reutersche Bureau meldet vom Sonntag aus Madrid: Das Spionagegesetz hat in der liberalen und Sozialistenpresse Empörung hervorgerufen, da sie die **Maßnahme als deutschfreundlich** ansieht. Sie glaubt, daß eine Kabinettskrise eintreten wird.

Die Kammer besprach das Gesetz in einer sehr heftigen Diskussion, die die ganze Nacht andauerte. Der Minister des Aeußern antwortete auf die scharfe Kritik, die von sozialistischer Seite geübt wurde, und leugnete, daß das Gesetz als Maulkorb der Presse gemeint sei. **Der Zweck sei, die unverschämte Sprache gewisser Organe gegen gewisse Staatshäupter** zu mäßigen.

Schließlich wurde das Gesetz angenommen. Die außerhalb des

Groß-Berlin

Zur Ernährungsmisere

hat die sozialdemokratische Berliner Stadtverordnetenfraktion folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen mit größter Energie darauf hinzuwirken, daß durch die fortgesetzten Einschränkungen der Brot-, Kartoffel- und Fleischrationen die genügende Ernährung der Berliner Bevölkerung nicht vollkommen in Frage gestellt und mindestens ein vollwertiger Ersatz in anderen Lebensmitteln uneingeschränkt gewährt wird.

Ernährungsanfragen.

Auf unsere Anfrage 1 in Nr. 184 sendet uns der Berliner Magistrat folgende Antwort: „Die Annahme, daß die Konsumgenossenschaft von Berlin und Umgegend später als die anderen bei dem Magistrat, Abteilung für Nährmittel, zur Verteilung von Nährmitteln zugelassenen Großhändler beliefert worden sei, trifft nicht zu. Die Verteilungsstelle hatte die Anweisung zur Empfangnahme der Nährmittel, die als Ersatz für Kartoffeln bestimmt waren, den Großhändlern wie der Konsumgenossenschaft am 28. Juni übersandt. Gleichzeitig ist denselben Verteilern von der Nährmittelabteilung des Magistrats ein Schreiben zugegangen, in dem ihnen die pünktliche Innehaltung der von der Verteilungsstelle gesetzten Termine zur besonderen Pflicht gemacht und ihnen für den Bedarfsfall Lastautomobile oder anderes Fuhrwerk zur Verfügung gestellt wurden; es heißt dann weiterhin in diesem Schreiben: „Wir legen auf die unbedingt pünktliche Versorgung der Kleinhandelsgeschäfte bis zum 3. Juli und auf die fernere pünktliche Belieferung nach unseren Vorschriften in den darauffolgenden für die Ernährung kritischen 2 Wochen so großen Wert, daß wir bei einem Versagen Ihrer Organisation für die Zukunft eine grundlegende Aenderung des bisherigen Verteilungssystems durch den Großhandel in Erwägung ziehen müßten." Während nun in der Tat die Großhändlerschaft die Verteilung nach Anordnung des Magistrats fast ausnahmslos bis zur Mitte der Woche durchgeführt hatte, gelang es der Konsumgenossenschaft leider nicht, die vorgeschriebene Frist innezuhalten. Nach ihrer eigenen Erklärung war nur ein Teil ihrer Geschäfte bis zum Donnerstag mit Ware beliefert, und erst am Freitag oder Sonnabend gelangte der Rest in die anderen Geschäfte. Wir dürfen noch hinzufügen, daß auch bei früheren Verteilungen die Warenanweisungen der Konsumgenossenschaft zu dem gleichen Zeitpunkt wie den übrigen Großhändlern zugegangen sind."

Ländliche Hungerkost für Stadtkinder.

Das von den Gemeindebehörden eingeleitete Verschicken der Kinder aufs Land soll, trotzdem die Eltern zu dem Landaufenthalt zuzahlen müssen, eine Wohltat sein, und viele bedürftige Eltern machten auch in diesem Jahre von der Einrichtung Gebrauch, weil sie glaubten, daß ihren unterernährten Kindern draußen auf dem Lande eine kräftige und ausreichende Verpflegung gesichert sei. Daß es aber mit dieser „Wohltat" mitunter noch sehr schlecht bestellt ist, lehren mehrere trübe Erlebnisse, die Neuköllner Kinder in dem Dorfe Wellmitz bei Guben durchzumachen hatten. Die Stadtgemeinde Neukölln hat eine Anzahl schwächlicher Kriegerkinder zu den dortigen Bauern in Pflege gegeben. Die Kinder sollten den Sommer über auf dem Lande bleiben. Bei schwerer Arbeit war aber die Verpflegung so unzureichend, daß mehrere schon nach vier Wochen nach Hause gereist sind. Als Beispiel sei die Speisefolge angeführt, welche die Witwe Möbus dem ihrer Obhut anvertrauten Pflegling, der 13jährigen Jenny B., Tochter einer Kriegerwitwe, verabreichte. Die für das Mädchen, einen Knecht, 2 Mägde und 2 Gefangene extra zubereitete „Leutekost" war folgende: 6 Uhr früh ein Teller Suppe, ½9 Uhr eine dünne Mussstulle, ½12 Uhr ein Teller wässeriger Kartoffelsuppe, in der dreimal in der Woche ein Stückchen mageres Fleisch lag, 6 Uhr eine Tasse Kaffee und eine dünne Mussstulle, ½10 Uhr Kartoffeln in Quark (einmal in der Woche in Fett statt in Quark). Niemals gab es Obst, niemals auch Gemüse, auch Sonntags kam nichts anderes auf den Tisch. Das ist bei schwerer Landarbeit (Reinemachen, Kartoffelhacken, Unkrautjäten) ein mehr als kärgliches Essen. Ein im Wachstum befindliches Mädchen, das, durch die großstädtischen Verhältnisse unterernährt, aufs Land kommt und dann nach dem Genuß einer Mussstulle fünf Stunden schwere Landarbeit verrichten soll, um darauf mit einem Teller wässeriger Suppe abgefüttert zu werden, muß vollends auf den Hund kommen. Bezeichnenderweise hatte die Bäuerin für sich und ihren Sohn getrennte Küche, bei deren Zubereitung das Fett natürlich eine große Rolle spielte; für das Großstadtkind war die Hungerkost gut genug. Das Kind wollte seine Not der Mutter schreiben, aber die Bäuerin verwehrte es ihm mit den Worten: „Ach was, hier haben wir keine Zeit zum Briefeschreiben." Schließlich gelang es der kleinen B. doch einmal, der Mutter Mitteilung zu machen, die dann das Kind unverzüglich nach Hause kommen ließ. Von einer Erholung war natürlich bei dieser vierwöchigen „Pflege" nicht die Rede.

Auch andere Neuköllner Pfleglinge machten in demselben Dorf bittere Erfahrungen; sie haben gleichfalls den wenig gastfreundlichen Dörflern den Rücken gekehrt und befinden sich wieder bei ihren Müttern in Neukölln.

Die Stadt Neukölln wird sicherlich keine Pflegekinder mehr nach Wellmitz schicken. Wie sollen aber Eltern zu dem jetzigen Verschickungssystem in der Folgezeit noch Zutrauen haben, wenn das Wohlergehen ihrer aufs Land gegebenen Kinder ein Lotteriespiel ist?

Die Anklageschrift gegen den Neuköllner Magistrat

ist den Beteiligten — sieben Magistratsmitgliedern und Beamten — gestern zugestellt worden. Die Anklage lautet auf „Verstöße gegen die Nahrungsmittelbestimmungen." Sollte es wirklich zu einer gerichtlichen Verhandlung gegen die Neuköllner kommen, so werden dabei voraussichtlich Dinge zur Erörterung gelangen, die auch außerhalb der Grenzen Groß-Berlins und nicht nur in kommunalen Kreisen einiges Aufsehen erregen dürften.

Keine Frauen als Standesbeamte.

Der Minister des Innern hat, wie wir erfahren, durch einen kürzlich den Regierungen mitgeteilten Erlaß dahin entschieden, daß die Ernennung weiblicher Personen zu Standesbeamten und Stellvertretern unzulässig sei. Die Verwaltungsbehörden der Stadt- und Landkreise sind infolgedessen ersucht worden, diese Entscheidung bei künftigen Vorschlägen für diese Aemter zu beachten.

25 Jahre Berliner Wasserwerke am Müggelsee.

Durchschreitet man die Hauptstraße Friedrichshagens, so blitzt uns bald die breite Fläche des Müggelsees entgegen. Dieses unentbehrliche Wasserbecken Berlins hat ein reines, klares, durch keine Fabriken getrübtes Wasser. In Berlin erkannte man sehr früh, daß man sich von hier aus mit Wasser versorgen müsse. Schon im Jahre 1826 legte ein Ingenieur Steffens die Notwendigkeit der Errichtung eines Wasserwerks am Müggelsee in einer Broschüre dar. Trotzdem ging man erst an die Havel. Das Wasserwerk am Müggelsee ist erst später erstanden. Am 1. Juli waren es 25 Jahre, seit es in Betrieb genommen wurde. Es wurde in den Jahren 1890 bis 93 nach den Plänen des damaligen Direktors H. Gill erbaut.

Biegt man von der Hauptstraße Friedrichshagens links in die Seestraße ein, so steigt bald weithin rotleuchtend ein ganz neuer Ortsteil vor unserem Auge auf. Inmitten schöner Anlagen erheben sich rote Backsteinbauten. Einige Gebäude beherbergen große Maschinenanlagen, mit deren Hilfe das Wasser aus dem See geschöpft wird. Andere enthalten die Filter zum Reinigen des Wassers, und in anderen Gebäuden wieder befinden sich die Maschinen, die das geklärte Wasser nach der Sammelstelle bei Lichtenberg pumpen, von wo es dann in das Röhrennetz Berlins geleitet wird. Auch ein Laboratorium ist vorhanden, in dem das Wasser auf Krankheitserreger hin untersucht wird.

Das Werk ist imstande, bis zu 220 Millionen Liter täglich zu liefern. Bis 1907 nahm man das Wasser nur aus dem See. In den Jahren 1904—07 wurde es nach dem Entwurf des 1906 verstorbenen Baurats Beer in ein Grundwasserwerk umgebaut. Jetzt nimmt man etwa noch ein Drittel des Bedarfs aus der Müggel. Das Seewasser wird mittels großer Maschinen in die Filterkammern geleitet, wo es sich durch Sand und Kies allmählich durchsickert und dabei reinigt. Solcher Filterkammern gibt es 34. Das Wasser, das vor der Klärung im Durchschnitt pro Kubikzentimeter 700 Bazillen — in Wirklichkeit manchmal Millionen — enthält hat nach dem Filtrierungsprozeß nur noch zehn solcher Schädlinge.

Den größten Teil des Wassers bezieht man jetzt aus Brunnen bis zu 35 Meter Tiefe. Die Brunnenanlagen haben zusammen 350 Bohrlöcher und erstrecken sich bis nach Rahnsdorf. Vor Millionen von Jahren mag hier ein riesiger Strom sein Bett gehabt haben, das nach und nach versandete. Dieses Strombett liefert den Brunnen das Wasser. Dasselbe ist sehr eisenhaltig und muß erst vom Eisen befreit werden, da dieses sich in Verbindung mit dem Sauerstoff der Luft zersetzt und die Leitungsröhren verstopfen und zerfressen würde. Das Wasser wird durch sogenannte Spalierwerke, das sind übereinander angebrachte Holzgitter, geleitet, wo es tropfenweise herunterfällt und durch das Aufschlagen auf das Holz das Eisen zurückbleibt. Durch den Sandfilter werden die letzten Stoffe noch abgesondert.

Die stete telegraphische Verbindung mit der Sammelstelle in Lichtenberg ermöglicht es, je nach Bedarf viel oder weniger Wasser zufließen zu lassen. Nur wenige Menschen wissen, welchen umständlichen Weg ein Wassertropfen zurücklegen muß, ehe er seinen Zweck, den Bedürfnissen der Weltstadt zu dienen, erfüllen kann.

Kohlrabi-Preis. Für Kohlrabi beträgt der Großhandelspreis vom 9. ab 29 Pf. je Pfund und der Kleinhandelspreis vom 11. ab 40 Pf. je Pfund.

Gegen Mietsteigerungen hat, wie das „B. T." meldet, das Generalkommando des 20. Armeekorps (Allenstein) eine neue Verordnung erlassen, wonach die Mietpreise für Wohnungen bis auf weiteres nur mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes, in Städten, in denen solche Aemter noch nicht errichtet sind, nur mit Genehmigung des Magistrats und in ländlichen Ortschaften nur mit Genehmigung des zuständigen Amtsvorstehers erhöht werden dürfen. Gegen die Entscheidungen der Magistrate kann bei den zuständigen Regierungspräsidenten und gegen die Entscheidungen der Amtsvorsteher bei den zuständigen Landräten Beschwerde erhoben werden. — In Berlin, wo sich die Mietsteigerungen bereits zu einer verheerenden Kalamität ausgewachsen haben, ist von ähnlichen Maßnahmen der Obrigkeit bisher nichts zu hören gewesen.

Die Patienten der Beelitzer Heilstätten klagen über schlechtes und allzu knappes Essen. Die Verwaltung erkenne zwar an, daß die Beköstigung ungenügend sei, sie erkläre aber, nichts gegen den Uebelstand tun zu können, da sie zu wenig geliefert bekomme. Es scheint dringend an der Zeit, daß sich die vorgesetzten Stellen um diese Dinge etwas eingehender kümmern, den, wie es scheint, durchaus berechtigten Beschwerden der Patienten nachgehen und für Abhilfe sorgen.

Der betrügerische Kartoffelhändler. Der Handelsmann Julius Schreiber, Cöpenicker Str. 22, und seiner Ehefrau Auguste geb. Pawlowski, ist vom Kriegswucheramt der Handel untersagt worden. Bei einer Maß- und Gewichtsprüfung war festgestellt worden, daß Schreiber unter die Warenseite seiner Wage Eisenstücke und Pappe angebracht hatte, um so das Gewicht der Ware zu verkürzen. Er übervorteilte auf diese Weise seine Kundschaft jedesmal um ein Viertelpfund. Bei seiner Vernehmung entschuldigte er sich damit, daß er selbst betrogen würde und daher wieder betrügen müsse, wenn er verdienen wolle.

Eine Revolverschießerei, die mit einem Selbstmord endete, rief Sonntag spät abends in dem Hause Neue Hochstraße 48 eine große Aufregung hervor. Hier erschien gegen abend der 27 Jahre alte Sattler Theophil Witichowski aus der Boyenstraße 36, um seine frühere Geliebte zu besuchen. Deren Wirtin öffnete ahnungslos, weil sie nicht wußte, was der Mann vor hatte. Witichowski verlangte nun von dem Mädchen, daß es sich mit ihm wieder vertrage, obwohl es sich unterdessen verlobt hat. Es kam zu einem heftigen Auftritt mit Tätlichkeiten. Als der Sattler einen Revolver aus der Tasche zog und mit Erschießen drohte, entfloh das Mädchen in ein Nebenzimmer und schloß sich ein. Witichowski richtete jetzt die Waffe auf die Tür, wurde aber von der Wirtin des Mädchens zur Wohnung hinausgedrängt. Er lief nun zwischen einer benachbarten Schankwirtschaft und der Wohnung des Mädchens hin und her und begehrte wiederholt Einlaß, aber vergeblich. Auch seiner Aufforderung, zum Abschied herauszukommen, entsprach das Mädchen nicht. In der elften Stunde feuerte der Verschmähte vor der Tür auf der Treppe zwei Schüsse in die Luft ab, dann schoß er sich eine Kugel in den Kopf und war sofort tot.

Der Rosenthaler Mord aufgeklärt. Unter dem Verdachte, am 24. Januar die Frau Ella Hoffmann im Schankraum einer Stehbierhalle in Berlin-Rosenthal ermordet und beraubt zu haben, war der Schneider Karl Paulus aus der Soldiner Straße verhaftet worden. Dieser hat jetzt das Geständnis abgelegt, daß er die Hoffmann nach einem Streit über Geldangelegenheiten mit einem hammerartigen Gegenstande erschlagen habe. Eine Raubabsicht bestreitet er.

Pankow. Lebensmittel. In den bekannten Geschäften gelangt gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 34 von der gemeinsamen Lebensmittelkarte 500 Gramm Marmelade zum Verkauf. Der Preis beträgt 92 Pf. Diejenigen, welche auf Abschnitt 113 a, b, c der Kartoffelkarte Kartoffeln bisher nicht erhalten haben, können gegen Vorlegung und Abtrennung dieser Abschnitte in den bekannten Geschäften Hülsenfrüchte entnehmen. Auf die Abschnitte 113 a, b, c der Kartoffelkarte entfallen zusammen 150 Gramm Hülsenfrüchte. Auf die Abschnitte 114 a, b, c entfallen gleichfalls zusammen 150 Gramm Hülsenfrüchte. Der Preis für 150 Gramm beträgt 22 Pf. Ferner entfallen auf die Abschnitte 114 d—g der Kartoffelkarte je 100 Gramm, also zusammen 400 Gramm Hülsenfrüchte. Der Preis für 400 Gramm beträgt 59 Pf. — In dieser Woche dürfen auf die vier Abschnitte 115 a und b der Kartoffelkarte je ½ Pfund, zusammen also höchstens zwei Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Auf die Abschnitte 115 c—g dürfen Kartoffeln weder abgegeben noch entnommen werden. Diese Abschnitte dürfen bis auf weiteres von der Kartoffelkarte nicht getrennt werden, auch nicht in Schank- und Speisewirtschaften. Als Ersatz für die Kartoffeln auf die Abschnitte 115 c—g werden andere Lebensmittel ausgegeben. Das Nähere wird noch bekanntgegeben werden.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 42 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 200 Gramm Graupen oder Grütze und auf Abschnitt 16 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 100 Gramm Graupen oder Grütze abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschl. 9. zu erfolgen. Verkaufspreis für 1 Pfund Graupen oder Grütze 36 Pfennig. — Wer die auf die Abschnitte 28a—e der Kartoffelkarte festgesetzten 150 Gramm Hülsenfrüchte und 75 Gramm Suppen bei dem Händler, welcher die Abschnitte d—g beliefert hat, nicht erhalten konnte, muß sich bei demselben anmelden.

Britz. Lebensmittel. In dieser Woche gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe auf Abschn. 40 der Berliner Lebensmittelkarte 200 Gramm Teigwaren je Person, auf Abschn. 42 200 Gramm lose Suppen je Person, auf Abschn. 76 120 Gramm Käse je Person bei den Kleinhändlern, auf Abschn. 77 der Berlin-Britzer Lebensmittelkarte 10 Bouillonwürfel je Haushalt, auf Abschn. 78 1 Paket Streichhölzer je Haushalt, auf Abschn. 79 Sonderzuteilung, auf Abschn. 4 der Eierkarte je Kopf ein Ei. Ferner gelangen zur Abgabe: gemischte Pilze, Fleischextrakt, Klippfische, Lorbeerblätter usw. Die Abgabe der Waren erfolgt auf die Lebensmittelausweise Nr. 1—900 am Montag, Nr. 901—1800 am Dienstag, Nr. 1801—2700 am Mittwoch, Nr. 2701—3700 am Donnerstag, Nr. 3701 bis Schluß am Freitag. — Für den Kartoffelbezug ab 7. haben bei den Händlern Neueintragungen in die Kartoffelliste zu erfolgen. Als Abschnitt für die Eintragung werden die beiden Abschnitte 28g der Kartoffelkarte festgesetzt. Vom 7. Juli an erfolgt die Lieferung von Kartoffeln nur auf Grund dieser neuen Listen.

Mariendorf. Lebensmittel. Der Verkauf auf die bereits abgelieferten Abschnitte 34 und 35 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, auf die je 1 Pfund Marmelade zum Preise von 92 Pf. entfällt, findet für die Einwohner vom 8. bis 13. statt. Der Verkauf der auf die Abschnitte 37—39 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallenden Teigwaren usw. an die Einwohner beginnt am 12. bzw. 13., nachmittags 4 Uhr. Für die bis zum 20. nicht eingelösten Abschnitte erlischt das Bezugsrecht.

Nowawes. Aus der Gemeindevertretung. Außerhalb der Tagesordnung gab Genosse Pawlowitsch die Erklärung ab, daß das Gerücht, er hätte in der nichtöffentlichen Sitzung vom 29. Juni als Einziger für die Erhöhung des Gaspreises gestimmt, eine Unwahrheit behaupte, und er den Urheber dieses Gerüchts, der nur ein Angehöriger der Gemeindevertretung sein könne, als Lügner und Verleumder bezeichne. Bürgermeister Winkelmann stellte fest, daß in der fraglichen Sache keine Abstimmung stattgefunden habe, also Genosse Pawlowitsch auch nicht als Einziger dafür stimmen konnte. — Infolge von unvorhergesehenen Ausgaben ist der Voranschlag für das abgelaufene Rechnungsjahr um rund 14 300 M. überschritten worden. Dieser Betrag wird nachbewilligt. — Durch ministerielle Verfügung ist den Gemeinden die Ermächtigung erteilt worden, daß an Stelle der bisherigen persönlichen schriftlichen Mahnungen öffentliche (ohne Namensnennung) zulässig sind. Die Gemeindevertretung stimmt dieser Einführung zu. Vom Kreisausschuß ist angeregt worden, die Zuwachssteuer nicht mehr zu erheben. Die Gemeindevertretung ist grundsätzlich damit einverstanden. Ein Beschluß soll aber erst erfolgen, wenn sich die Neuregelung der Steuern übersehen läßt. Der Vorsteher der Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle, Genosse Osmer, berichtet über die Tätigkeit dieser Einrichtung. Im Interesse der Kriegsbeschädigten läge es, wenn in dem Ausschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge auch ein Kriegsbeschädigter vertreten wäre. Der kriegsbeschädigte Tischler Walter Noelte wird in den Ausschuß gewählt. Weiter empfiehlt der Berichterstatter einen Vertrag mit dem Oberlin-Kreiskrankenhaus, wonach letzteres ein Entbindungsheim für die Gemeinde einrichten wird.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis. Heute abend 8 Uhr findet bei Nowottnick, Langestraße 80 (gleich an der Andreasstraße) eine Mitgliederversammlung für den ganzen Kreis statt. Genosse Rudolf Wissell wird über das neue Aktionsprogramm der Partei referieren. Zahlreicher und pünktlicher Besuch ist notwendig, da die regelmäßigen Vierteljahrsversammlungen morgen abend ausfallen.

Pankow. Sozialdemokratischer Wahlverein für Pankow und Umgegend. Mitgliederversammlung Dienstag, 9. Juli, abends 8½ Uhr, „Zur Hütte", Breitestr. 16. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gäste sind willkommen.

Mariendorf. Wie bereits mitgeteilt, siegte bei der Gemeindevertreterwahl am 30. Juni die Kandidaten der „Unabhängigen". Durch Bekanntmachung des Gemeindevorstandes ist der eine der Gewählten nicht als Angesessener zu betrachten. Die auf diesen abgegebenen Stimmen sind ungültig. — Als gewählt wird vom Gemeindevorstand erklärt: Wittig (Unabh.) und Knauer (Soz.). Nur dadurch, daß es den Unabhängigen nicht möglich war, zwei Angesessene aufstellen zu können, ist der Sozialdemokratischen Partei ein Mandat zugefallen. Hätten am Wahltage alle Wähler ihre Pflicht erfüllt, so mußten unbedingt beide Mandate von uns erobert werden. Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter sein, die Interessen der Bürgerschaft nach jeder Richtung hin zu vertreten, um für die Partei neue Anhänger zu gewinnen. Die Pflicht der Parteigenossen aber ist, die „Lauen" und „Zaghaften" aufzurütteln, damit wir beim nächsten Wahlkampf gerüstet dastehen.

Röntgental-Zepernick. Zusammenkunft des Wahlvereins findet am Donnerstag, den 11., abends 8½ Uhr, bei Marx, Röntgental, Bärwolffstraße, statt.

Aus aller Welt.

Verunglückte Hochtouristen. München, 8. Juli. Bei einer Besteigung der Zugspitze sind sechs Personen, welche trotz schlechten Wetters und Warnung die Tour machten, tödlich verunglückt. Bisher sind drei Leichen geborgen. Unter den Verunglückten befindet sich ein Leutnant Fischer mit Frau und ein Ehepaar Drechsler aus Dresden.

Eingegangene Druckschriften.

Biologische Hygiene von Dr. Bachmann, Verlag der Aerztlichen Rundschau, München. 1,20 M.

Die Maidenkschrift aus dem Jahre 1913 von Dr. Wolfgang Kapp, 1 M., Verlag des Heimatboten, Gera-Langenberg-Reuß.

Hyazinth von Eduard von der Hellen, geh. 2,50 M., geb. 4 M., J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart.

Wasserstandsnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde,
mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		6. cm	7. cm	Wasserstand am		6. cm	7. cm
Memel	Tilsit	131	134	Saale	Grochlitz	82	84
Pregel	Insterburg	—29	—18	Havel	Spandau	30	27
Weichsel	Thorn	16	18	„	Rathenow	—1	—3
Oder	Ratibor	146	136	Spree	Spremberg	150	160
„	Krossen	66	—	„	Kersdorf	212	—
„	Frankfurt	73	85	Weser	Münden	121	128
Warthe	Schrimm	12	—	„	Minden	150	176
„	Landsberg	—12	—6	Rhein	Maximilian	—	—
Netze	Bordamm	—32	—8	„	Caub	246	—
Elbe	Leitmeritz	152	—	„	Cöln	225	—
„	Dresden	—99	69	Neckar	Heilbronn	65	—
„	Barby	35	100	Main	Hanau	98	—
„	Magdeburg	28	50	Mosel	Trier	14	—

Briefkasten der Redaktion.

E. P. 71. I. und II. Ja. III. Zum Schadenersatz für die Scheibe ist der Mieter verpflichtet. In diesem Falle wird die Klage sich allein gegen die Frau richten. IV. Der überlebende Mieter muß in diesem Falle für den ganzen Vertrag haften. — **K. L. 100.** Sie können erst wieder Antrag auf Unterstützung nach Strafverbüßung stellen. — **M. K. 116.** Sie sind zum Schadenersatz verpflichtet. — **O. B. 58.** Der jetzige Pächter könnte bei Kündigung des Vertrages das Einigungsamt zur Entscheidung anrufen. Wenn, wie Sie selbst angeben, seine Existenz davon abhängt, würde die Kündigung des Vertrages wohl nicht ausgesprochen werden. Wir raten deshalb zur Vorsicht. — **E. 25.** Sie müssen die freiwillig zu wenig gezahlte Miete nachzahlen. — **O. 4.** Die für den Lebensunterhalt notwendigsten Sachen. 2. Ja. — **Ernst 38.** In der von Ihnen angefragten Form können wir Ihnen eine Antwort nicht erteilen. Es fragt sich, wieviel ärztliche Hilfe geleistet worden ist. — **A. G. 29.** 1. Ja. 2. Wenn Sie kein Testament machen, würde das zu Ungunsten Ihrer Frau ausfallen, da die Anverwandten dann mehr als den Pflichtteil zu beanspruchen haben. — **S. 2.** Sie können beim Generalkommando nochmalige kommissarische Untersuchung beantragen. — **O. W. 1000.** Nein. **43. F.** Welche Bundesratsverordnung? — **Feldgrauer 5.** Auszahlung der Beiträge bei Verheiratung erfolgt nicht mehr. — **F. O. 25.** Nervenleidend, zeitig dienstuntauglich. — **K. U. 73.** Es gibt keine andere und keine bessere Verwertung der geklebten Marken, als daß Sie durch Kleben von mindestens 20 Marken innerhalb zweier Jahre die Anwartschaft auf Rente bei evtl. eintretender Invalidität aufrecht erhalten. — **Israelicht.** Militärische Bezüge stehen Ihnen nicht mehr zu. — **Urlauber F. K. 1.** 1. Sie können zum Frontdienst verwendet werden. 2. Nein. 3. Ja. — **Grodno.** 1. Haukrant, landsturmpflichtig. 2. Gehört zu Preußen. 3. Nein. — **50 Kaiser-Friedrich-Str.** Die 1. Kasse müßte zahlen. — **Gilte 1916.** 1, 2 und 3. Ja. 4. Diese Gründe könnten zur Ehescheidung ausreichen. 5. Möglichst ja. — **Tiek 64.** Die Meisterprüfung muß vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer abgelegt werden. 2. An die Handwerkskammer, Teltower Str. 1—4. 3. Eine solche Hochschrift kennen wir nicht, sie wird Ihnen dort genannt werden können. 4. An die Reichsanstalt für die Angestelltenversicherung, Wilmersdorf, Hohenzollerndamm. — **Fiz. 92.** 1. Sie sind zur Zahlung der Kohlensteuer verpflichtet. 2. Ja. 3. Der Wirt ist zur Vornahme der Reparatur auf Gaskocher nicht verpflichtet, das müssen Sie auf Ihre Kosten tun lassen. — **E. W. 169.** Sie könnten mit einem solchen Gesuch an den nächsten Vorgesetzten den Versuch machen. — **Unglückshe 27.** Das ist jetzt nachträglich kein Scheidungsgrund, wenn der Ehemann vor der Eheschließung davon Kenntnis hatte. — **H. T. 7.** Nur soweit es der Dienst zuläßt. — — **Stade 13.** Eine zuverlässige Antwort können wir Ihnen in dieser schwierigen Nachlaßsache auf schriftliche Anfrage hin nicht geben. Sie müßten sich schon unter Vorzeigung des Testamentes am Orte bei einem Rechtsanwalt befragen.

Deutsches Theater. Mit Max Pallenberg heute, Mittwoch, Donnerst. 8 Uhr: **Familie Schimek.** Freitag: **Bibikoff.**

Kammerspiele. Allabendlich 7¾ Uhr: **Inkognito.** (Operette.)

Volksbühne. Th. a. Bülowpl. Letzte Woche. Allabendlich 7½ Uhr: **General Yorck.**

Theater des Westens Allabendlich 7½ Uhr: **Leopoldine Konstantin** in **Die Tänzerin.**

Theater d. Königgrätzerstr. 8 Uhr: **Die Schwestern und der Fremde.**

Komödienhaus 8 Uhr: **Die Zarin.**

BerlinerTheater 7½ U.: **Blitzblaues Blut.**

National-Theater Cöpenicker Str. 68 (Jannowitzbrücke). — Täglich ½8: **Noch nie dagewesener Lacherfolg: Mäuschen.** Militärhumoreske in 3 Akten. Musik von Walter Bromme. Vorverk. 10 U. ununterbroch.

Trianon-Theater Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927. 2391 8 U. Zum 312. Male: **Der Lebensschüler.** Kaiser-Titz, Bildt, Flink. Sonnab. nachm. ¾4 U. kl. Pr.: **Schneewittchen.** Sonntag 4 Uhr: **Hedda Gabler.**

Th. i. d. Frankfurter Allee 313. Der Riesenerfolg des Thalia-Theaters über 500 Male! **Puppchen.** (Du bist mein Augenstern ...) Ges.-P. i. 3 Akt. v. Jean Kren u. Kurt Kraatz. Mus.: Gilbert. Anfang täglich 7½ Uhr. Sonntag 4 Uhr: **Bunte Bühne.**

Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7—9. Täglich 8 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung: **Im Wolkenkrameter.** Große Possen-Revue in 5 Bildern. Dazu die großart. Spezialitäten

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7½ Uhr: **Stettiner Sänger.** Reichshallen-Saal 7½ U.: Großes Blüthgen-Konzert.

Theater der Friedrichstadt. Ecke Friedrich- u. Linienstr. Telephon: Norden 8650. Täglich 7¾ Uhr: **Die erste Geige.** Sonnt. nachm. 3½ kleine Pr.: **Jugend.**

Rose-Theater. 7½ Uhr: **Die Prinzessin vom Nil.** Gastend.: Bitte recht freundlich!

Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Sajdah. Deutsche Tänze. 7¼ Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

SARRASANI Zirkus-Busch-Gebäude. Täglich 7½: **Das gewaltige Massen-Manege-Schaustück** „Torpedo — los!" 9 Bilder. Die gr. artistischen Einlagen wie Turmseiläufer, Bambuskünstler, Luftmenschen, Lanzenreiter. Vorverkauf: Zirkuskasse und A. Wertheim.

Erfinder Patent-, Gebrauchsmstr.-Anmeldung, Verwertung. Patentbüro, Berlin C, Königstr. 64. Ztr. 7000.

Theater für Dienstag, 9. Juli.

Central-Theater 7½ Uhr: **Die Csardasfürstin.**

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: **Die schöne Helena.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater 7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater 8 Uhr: Aristid und seine Fehler mit Bassermann.

Komische Oper 7½ U.: **Schwarzwaldmädel.**

Metropol-Theater 7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Lustspielhaus 7½ Uhr: **Die blonden Mädels v. Lindenhof**

Neues Operettenhaus 7½ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater 7½ Uhr: **Flimmer-Klärchen.**

Schiller-Th. Charl. 7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater 7½ Uhr: **Unter der blühenden Linde**

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr: Wie alles Schmuckstück

DER „HIAS" Täglich 7½ Uhr abends. Morgen Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr **Familien- und Schüler-Vorstellung** zu kleinen Preisen **Walhalla-Theater** Weinbergsweg

Juni — Juli. Verein für das Deutschtum im Auslande. **Livland-Estland-Ausstellung.** Kgl. Akademie der Künste, Pariser Platz 4. Geöffnet 10—7. Eintritt 1 M., Sonntags bis 2 Uhr u. Montags 2 M.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engelufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Bis auf weiteres: **Geschäftszeit 8—11 und 3—6 Uhr.** Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3014.

O weh! Der Schnürsenkel ist schon wieder gerissen. Preise meiner hervorrag. haltbar., äußerst preiswerten reinbaumwollenen, schwarzen Schnürsenkel, kein Ersatz, 1 Paar für Kinder 75 Pf., f. Herren 85, für Damen 95 Pf. inkl. Verpackung u. Versandkosten. Unter 6 Paar werden nicht abgegeben. Zahlreiche Nachbestellungen. 217/8* **Versandhaus Margot, Abt. III,** Berlin-Zehlendorf, Georgenstr. 7, Postscheckkonto: Berlin 38539.

Neu-Buddhistische Zeitschrift

Sommerheft 1918

112 Seiten Preis 3 M. 50 Pf. (Jahrespreis 12 Mark.)

Aus dem Inhalt:

Uebersetzungen aus dem Pali-Kanon / Was ist Buddhismus? (2. Teil) / Die Gebote im Buddhismus / Mahadevas Gesang / Nach Damaskus (Eine Kritik) / Gedanken und Meinungen über zeitgemäße Themen / Studien zum Weltkrieg (Zur Biologie, zur Psychologie des Weltkrieges)

Neu-Buddhistischer Verlag Berlin-Wilmersdorf · Prinzregentenstr. 85

Bekanntmachung.

Für **Kohlrabi** beträgt der Großhandelspreis vom 9. Juli 1918 ab **29 Pf.** je Pfund, der Kleinhandelspreis vom 11. Juli 1918 ab **40 Pf.** je Pfund.

Berlin, den 8. Juli 1918.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt. Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung. Runge.

Spezialarzt Dr. med. Koeben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik. Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt Dr. med. Reinhardt, Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowst. ½12-2, 6-½10. Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen. Modernstes, erfolgreichst. Heilverfahren. Teils. Siehe 48 Seit. kart. Brosch. 0,60 M., nach außerhalb verschlossen 1 M.

Zahngebisse, Platin, Gr. 7,60, Ketten, Ringe, Bestecke kauft: Frau Wagner, Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz)

Große Bureauräume Lindenstraße 3 Vorderhaus 1. Etage sofort zu vermieten

H. Pfau, Bandagist Berlin C., Direksenstr. 20 zwisch. Bahnh. Alexanderplatz u. Polizeipräsid. — Amt Kst. 3208. Für Damen Frauen-Bedienung. Lieferant für alle Krankenkass.

Spezialarzt Dr. med. Laabs beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung. Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl. Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1

Trauer-Bekleidung für Damen und Mädchen. Stets wohlausgestattete moderne Lager. **Oskar Wollburg** Brunnenstr. 56 u. 57. Gegründet 1896.

Cigaretten 1000 I E 88 M. 1000 I B 130 „ o. M. 1000 I F 135 „ m. Gold. Versand gegen Nachnahme oder Vorheresendung nur sortiert zu gleichen Teilen. Auch von 100 Stück an. Nur an Verbraucher und Gastwirte. **Fredy, Cigaretten-Vertrieb Norden,** Berlin N 54, Brunnenstraße 17. Fernruf Norden 2343. Geöffnet ununterbrochen von ½9—6 Uhr.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde? Sämtliche Systeme am Lag. resp. nach Maßanfertig. sowie **Bruchbandagen** aller Art. Artikel z. Gesundheits- und Krankenpflege. **Pollmann,** Bandagist, Berlin N., Lothringer Str. 60. * Lieferant für Krankenkass.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall **geschulte Kräfte gesucht** sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilnehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hachfeld". 80 S. starke Broschüre kostenlos. Bonness & Hachfeld, Potsdam, Postfach 167

Kranzspenden sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 69, Inh.: Herm. Apel. Tel. Mpl. 7306

Partei-Organisation Groß-Berlin.

Mitgliederversammlungen und Zusammenkünfte der Parteigenossen

am Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 Uhr.

Sozialdemokr. Verein für Berlin I.

bei **Glaue,** Kommandantenstr. 88.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Bartels. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin II.

Mitgliederversammlungen:

I. und II. Abt. Westen bei **Rickert,** Steinmetzstraße 36a.
III., IV. und V. Abt. Friedrichstadt und Südwesten, Lindenstr. 3. II. Hof III.
VI. Abt. Südwesten bei **Schuster,** Chamissoplatz 4.
VII. u. VIII. Abt. Süden bei **Reim,** Urbanstr. 29.
In allen Abteilungen: Bericht vom Bezirkstag. Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin III.

im **Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rudolf Wissell über das neue Aktionsprogramm der Partei. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin IV.

Die regelmäßigen Viertelsversammlungen fallen in diesem Monat aus. An deren Stelle findet heute Dienstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, bei Nowottnick, Langestraße 30, eine Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Rudolf Wissell über das neue Aktionsprogramm referieren wird. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin V.

1. u. 1a Abt. bei **Rösner,** Immanuelkirchstr. 25.
1b Abt. bei **Schwanberg,** Kaugarder Str. 3.
2. u. 3. Abt. in **Siemunds Festsälen,** Linienstraße 8.
4., 5. u. 6. Abt. bei **Pickert,** Linienstr. 198.
7. Abt. bei **Kridig,** Schiffbauerdamm 22. Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Berlin VI.

1. u. 2. Abt. bei **P. Dobrohlaw,** Swinemünder Straße 11.
3. u. 4. Abt. bei **Burg,** Prenzlauer Allee 189, Ecke Raumerstr.
5. Abt. bei **Grunau,** Stahlheimer Str. 30, am Humanplatz.
6. Abt. bei **Goldschmidt,** Stolpische Str. 36.
7. Abt. bei **Korn,** Gleimstr. 10, Ecke Falkplatz.
8. Abt. bei **Hoffmann,** Swinemünder Str. 47.
9. Abt. bei **Obiglo,** Stralsunder Str. 11.
10. Abt. bei **Carus,** Voltastr. 37.
11. Abt. bei **Paul,** Gartenstr. 101.
12. u. 13. Abt. bei **Bauer,** Birkenstr. 29a.
13. u. 14. Abt. bei **Kleinert,** Levetzowstr. 21, Ecke Jagowstraße.
16., 17. 20., 21. u. 22. Abt. bei **Sachse,** Lindower Straße 26.
18. und 19. Abt. im **„Schwedenzelt",** Ecke Exerzierstraße und Schwedenstraße. Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Mitgliederversammlungen:

Alt-Glienicke-Falkenberg bei **H. Meier,** Straße am Falkenberg 19—20.
Bohnsdorf 8½ Uhr, bei **Heimann,** Riedelstraße.
Britz-Buckow bei **Otto Bahr,** Britz, Werderstraße 57. Bericht von der Kreis-Generalversammlung und vom Bezirkstage.
Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstraße 3 (kleiner Saal). Tagesordnung: Bericht von der Kreis-Generalversammlung und vom Bezirkstage, Neuwahl des gesamten Vorstandes, wichtige geschäftliche Mitteilungen.
Neukölln. 1. und 2. Bezirk bei **Schulz,** Reuterstr. 47.
3. und 4. Bezirk bei **Karl Müller,** Weserstraße 200.
5. Bezirk bei **Schittler,** Weichselstr. 5.
6. Bezirk bei **Noack,** Weserstr. 41.
7. Bezirk bei **Robert Iden,** Boddinstr. 58.
8. Bezirk bei **Kleinert,** Stuttgarter Str. 7.
9. Bezirk bei **Nitsche,** Berthelsdorfer Str. 8.
10. bis 12. Bezirk im **„Turnerheim",** Böhmische Str. 13.
13. bis 17. Bezirk bei **Cenkel,** Hermannstr. 178.
18. bis 20. Bezirk bei **Richnow,** Prinz-Handjery-Straße 69.
21. bis 23. Bezirk bei **Hentschel,** Herrfurthstraße 27.
24. Bezirk bei **Bähr,** Karlsgartenstr. 4.
Schöneberg bei **Obst,** Martin-Luther-Straße 69. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes.
Steglitz bei **Louis Clement,** Düppelstr. 7. Tagesordnung: Vortrag des Redakteurs Genossen Arno Franke über: „Unser neues Aktionsprogramm."
Tempelhof bei **Paul Schade,** Berliner Straße 121. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kemptens über: „Das Zentrum". Bericht von der Kreis-Generalversammlung.
Wildau bei **Schumann,** Schwartzkopffstr. 120.
Wilmersdorf bei **Max Schäfer,** Brandenburgische Str. 69. Bericht von der Kreis-Generalversammlung und vom Bezirkstage Groß-Berlins. **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein für Niederbarnim.

Erkner bei **Eichhorn,** Wilhelmstraße. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. „Vorwärts"-Leser sind hierzu eingeladen.
Kaulsdorf bei **Hampel,** Hönower Str. 5. Die Leser des „Vorwärts" sind freundlichst eingeladen.
Lichtenberg. Die Versammlung im Monat Juli fällt aus.
Oberschöneweide bei **Ladewig,** Lauenerstr. 5.
Weißensee bei **Stärke,** Charlottenburger Straße 3.
Reinickendorf-West bei **Schiller,** Antonienstr. 10. 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Parteifreunde sowie „Vorwärts"-Leser sind eingeladen. 202/8

In allen Veranstaltungen Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme der Beiträge. „Vorwärts"-Leser sowie auf dem Boden der Mehrheit stehende Anhänger sind eingeladen.

Die widerspenstige Zunge.

„Nehmen Sie gefälligst Platz. Dauert nicht lange. Fünf Minuten." Mit diesen Worten empfing mein Barbier, der Stephan Mraziczewsky heißt und aus Bromberg stammt, den Gast, der nach mir in die Stube trat. Ich wartete bereits eine gute Viertelstunde, und es waren noch ein Feldgrauer und zwei Herren vor mir; alle aber wünschten nur rasiert zu werden.

„Vonwegen fünf Minuten," sagte der Neuankömmling. Die janze Stube voll, und nur fünf Minuten. Na, aber ich habe Zeit. Ich komme gerade vom Arzt. Er hat mich krank geschrieben. Sie müssen mich noch mal rasieren, bevor ich sterbe." Er hängte seinen Hut an einen Haken und setzte sich bedächtig auf einen altersschwachen Stuhl. Nur der war noch frei.

„Werden Sie doch nicht gleich sterben," sagte der Barbier, der sein Messer abzog.

„Wenn ich mich erst so richtig ins Bette packe, dauert's nicht lange, und ich bin ab. Gesagt hat er mir, ich brauche Bettruhe. Aber ich bin nicht for's Liegen. Und für meine Madame wär das schon jar nischt, wenn ich mich hinlegen würde. Ich sterbe im Stehn, wenn's soweit ist. Wenn Sie mich aber lieber als Toten rasieren wollen, dann geh ich wieder. Drei Mark würde Ihnen meine Frau schon dafor geben."

Er blickte zur Decke hinauf und rieb sich heftig das schwarzborstige Kinn.

„Könnte sie mir noch so viel geben, rasier ich Toten nicht."

„Nanu! Warum nicht? Wenn ich Barbier wär, möcht' ich nur Verstorbene rasieren. Das bringt doch was ein. Sie haben wohl Angst vor einer Leiche. Sie — Hosenmatz hätt' ich bald gesagt. Mich würden Sie also nicht rasieren, wenn ich tot wär, wo Sie doch schon seit Jahren die Ehre haben, mich zu kennen?"

Ich steckte das Buch, darin ich, um mir die Zeit des Wartens zu vertreiben, gelesen hatte, in die Tasche und begann mich zu amüsieren.

„Nein," sagte der Barbier und schüttelte seinen grauen Kopf. „Sie auch nicht. Rasier ich Toten für alles in der Welt nicht. Habe ich seit meine Lehrzeit keinen mehr rasiert."

„Seit Ihrer Lehrzeit," fragte verwundert der Gast, den er unter dem Messer hatte."

„Ja. Ist das schon ganze Ecke her. Hab' ich nur einmal Toten rasiert und nie wieder."

„Der wollte Sie wohl beißen," fiel der Feldgraue lachend ein, und wir lachten mit.

„Beinahe", antwortete der Barbier. Und nun lachten wir erst recht.

„Sie wollen uns wohl 'n Bären aufbinden, Sie alte Märchentante", brummte der Mann, der noch ein Mal vor seinem Tod rasiert sein wollte. „Vor acht Tagen haben Sie hier noch so 'ne unwahrscheinliche Oper erzählt. Von een Heiligen, den sie in Prag ins Wasser geworfen haben und der nicht untergegangen ist, trotzdem sie ihm 'n Mühlenstein an's Been gebunden hatten.

„Is wahre Geschichte, die ich erzählt habe," ereiferte sich der Barbier und klatschte mit Wucht ein Klümpchen abgeschabten Seifenschaums in einen Eimer. „Tod von heilige Nepomuk. Is keine Märchen. Haben Sie Ahnung!"

Tagtäglich „rennt" mein Barbier zur Morgenandacht. Er ist sehr fromm, und gern erzählt er im Tone eines Predigers von den Wundern und Legenden, deren die Geschichte seines Glaubens voll ist.

„Aber wie war das mit dem Toten, der Sie hat beißen wollen", fragte der kranke Gast. „Ist das doch 'n Heiliger gewesen?"

„Nein. War das nur ein Handwerker, Spieler und Saufkopf. Schlechte Kerl gewesen. Größte Radaubruder in ganze Stadt. Ist er schließlich so auf Hund gekommen, daß er sich eines Tags auf Boden erhängt hat."

„Und den haben Sie wohl rasieren müssen?

„Ja."

Ich wollte lächeln, hielt aber inne, betroffen von dem ungewöhnlichen Ausdruck in meinem Gesicht, das ich wie von ungefähr in dem Spiegel gegenüber erblickte.

„Wie ich in Stube komme," erzählte nun der Barbier, „wo der Tote liegt, bindet ihm seine Frau gerade Tuch ab von Mund. War mir bißchen bange, bin ich doch noch junge Kerl gewesen, hab' mir aber weiter nichts Böses gedacht. Wie ich aber anfange, den Toten einzuseifen, springt ihm Zunge aus dem Mund — ein Meter lang."

Uns allen platzte ein lautes Lachen aus dem Munde. Der Sterbenskranke warf die Füße in die Höhe und klatschte sich vo Vergnügen auf die Schenkel.

„Und darum also wollen Sie keinen Toten mehr rasiren!"

Der Barbier nickte.

„Lustig ist ja die Geschichte, aber —. Sie sind bekannt dafür, daß Sie einem gerne die Hucke vollschwindeln."

„Gibt's gar nicht. Rede ich immer reine Wahrheit. Kann mir kein Mensch nicht nachsagen, daß ich lüge."

„Und sind Sie ausgerückt, als der Tote die Zunge rausgestreckt hat?"

Der Barbier hielt ein Weilchen in seiner Arbeit inne, wiegte seinen Oberkörper, lachte kurz auf und sagte schließlich: „Mir ist Schreck so in alle Glieder gefahren, daß ich ausgerückt bin, als ob ganze Hölle wär hinter mir her. Und wie ich nach Hause komme, ohne Hut, mit Seifnapf in Hand und bleich wie Tod, gibt mir Meister eine Backpfeife — war mir, als ob ich geweckt werde aus schrecklichem Traum."

„Und was ist mit dem Toten geschehen?" fragte der Gast, der gerade erledigt worden war.

„Was soll geschehen sein mit ihm? haben sie ihm Seife und Rasierzeug in Sarg gelegt und begraben. Soll er sich auf jüngste Tag, wenn aufersteht, selber rasieren."

„Alter Quatschkopf!"

Der Nächste, bitte!"

J. A.

Wieviel Regen fällt in Deutschland?

Von Regen, Regen und abermals Regen wird aus allen deutschen Gauen berichtet. Der Himmel scheint das, was er in den Frühlingsmonaten versäumt hat, jetzt in der Sommerzeit gründlich nachholen zu wollen, und viele Ferienreisende fürchten schon, es gäbe wieder einen verregneten Sommer, wie sie dieses Jahrhundert schon so zahlreich gebracht hat.

Wieviel Regen sieht uns in Deutschland denn eigentlich zu? Denkt man sich allen Regen und alle anderen Niederschläge, die im Laufe eines Jahres auf die Erdoberfläche niederfallen, gesammelt, so ergäbe sich eine Wasserschicht von 91 Zentimeter Höhe. Deutschland bleibt mit einem Durchschnitt von 71 Zentimeter jährlicher Regenhöhe hinter dieser Menge um eine Kleinigkeit zurück. Die Wassermengen, die jährlich aus dem Himmel auf das deutsche Land herniederfallen, würden ausreichen, ganz Mecklenburg-Schwerin in einen See von beinahe 30 Metern Tiefe zu verwandeln oder einen See von 100 Metern Tiefe zu bilden, der die siebenfache Ausdehnung des Bodensees hätte. Je nach den Landesteilen ist aber die Regenmenge, auf die man zu rechnen hat, verschieden. Am größten ist sie in den Gebirgen; so erreicht sie in den südlichen Vogesen 2.10 Meter, und die höchste Erhebung Norddeutschlands, der Brocken, hat eine jährliche Regenhöhe von 1.70 Metern. Für das Riesengebirge ist auf eine Regenhöhe von 1.30 Metern zu rechnen; Böhmerwald und Bayerischer Wald bleiben mit 1.20 Metern nur wenig dahinter zurück. Die sogenannten „trockenen" Gegenden Deutschlands erreichen die Durchschnittshöhe von 71 Zentimetern im Jahre nicht; in vielen Gebieten östlich der Elbe fällt noch nicht einmal 60 Zentimeter Regen, an der unteren Saale und um Warthe und Weichsel herum fallen weniger als 50 Zentimeter Regen. Das östliche Posen, das mittlere Westpreußen, der Unterlauf der Oder und das Gebiet westlich vom Harz und Rheinhessen haben sogar nur eine Regenhöhe von 40 Zentimetern.

Die Regenhöhe, die als wissenschaftliche Maßzahl in der Wetterkunde von Bedeutung ist, sagt einem gewöhnlichen Sterblichen aber wenig; ihm liegt viel mehr daran, zu erfahren, zu welcher Jahreszeit der meiste Regen fällt und wie lange die einzelnen Regengüsse anhalten. Auch darüber vermag die Wetterkunde auf Grund langjähriger Beobachtungen Auskunft zu geben. Deutschland hat ein „gut ausgeprägtes Sommermaximum der Niederschläge", so sagt die Wetterkunde. Im allgemeinen nehmen (nach Eckardt) die Frühjahrs- und Sommerregen landeinwärts zu, und zwar in nordwestlich-südöstlicher Richtung. In ganz Norddeutschland mit Ausnahme der Küste, in Mittel- und Süddeutschland ist der niederschlagreichste Monat der Juli; an der deutschen Nordseeküste fällt die größte Regenmenge im August, in Schleswig-Holstein fällt die regenreichste Zeit in die Monate August, September und Oktober, im nördlichen Ostpreußen in den Oktober, im südlichen Ostpreußen in den August. Das kontinental gelegene Ostpreußen vom Pregel bis zur russischen Grenze hat dagegen ebenso wie der Hauptteil Deutschlands im Juli die meisten Niederschläge. Was die Dauer der Regengüsse angeht, so kann sie vom minutenlangen Platzregen bis zum stundenlangen Dauerregen alle Stufen durchlaufen; in Mitteldeutschland muß man auf Regengüsse von 4¼ Stunden rechnen, in Süddeutschland gibt es Regendauern von 6 Stunden.

Der Streit um Islands Flagge.

Das Verhältnis Islands zu Dänemark ist in der letzten Zeit öfter berührt worden in Meldungen, die von den Selbständigkeitsbestrebungen der Isländer sprachen und dabei betonten, daß der englische Einfluß dahinter zu spüren wäre. Es ist richtig, daß England auch den Isländern gegenüber mit der „nationalen Selbständigkeit" arbeitet, um seinen gewaltsam eingesetzten und schon sehr starken Einfluß zu sichern; aber es benutzt hier sehr klug nur einen alten Wunsch der Bevölkerung; diese isländischen Bestrebungen reichen schon längere Zeit zurück und sie haben ihren Ausdruck in dem Kampf um die eigene Flagge gefunden, dessen nun schon 90jährige und merkwürdige Geschichte Fritz Max Cahen im letzten Heft der „Deutschen Politik" erzählt.

Schon im Jahre 1873 entstand in Island Unzufriedenheit mit dem alten isländischen Wappen, einem Bergfisch, mit Krone, silbern in rotem Feld. Ein neues Wappen, das der Kunstmaler Gudmundsson entworfen hatte, und das einen fliegenden Islandfalken, silbern auf blauem Grund, darstellte, fand allgemeinen Beifall, so daß das neue inoffizielle Wappen vielfach als isländische Landesflagge benutzt wurde. Im Jahre 1884 reichte dann das isländische Verfassungskomitee dem Altthing einen Vorschlag über eine eigene isländische Handelsflagge ein, der jedoch unerledigt blieb. 1897 wurde von dem Redakteur Benediktsson wieder eine neue Flagge vorgeschlagen; aber erst am 3. Oktober 1905 wurde vom dänischen König das neue Wappen anerkannt, das statt eines fliegenden einen sitzenden Silberfalken auf blauem Grund darstellte. Kurz darauf setzte eine neue Agitation für die eigene isländische Handelsflagge ein. Am 22. November 1913 stellte der dänische König eine Resolution aus, die den Isländern die Erlaubnis zur Führung einer eigenen Flagge innerhalb ihres Territoriums neben der dänischen Flagge gewährte. Die isländischen Wünsche gaben sich mit der Erlangung einer Lokalflagge nicht zufrieden, sondern wollten eine eigene vollgültige Nationalflagge als anerkanntes Zeichen einer besonderen Nationalität und einer Sonderstellung innerhalb der dänischen Monarchie. Das Verhältnis zwischen Dänemark und Island muß also in seiner Gesamtheit neu geregelt werden.

Praktisch hat Island während des Krieges eine Sonderstellung innerhalb des dänischen Staatsverbandes in einem gewissen Grade erlangt, indem ein provisorisches Gesetz vom 24. Mai 1916 dem Minister für Island Vollmacht gab, Maßregeln über den Handel mit Island zu treffen, „die für notwendig erachtet werden, um die Zufuhr von Waren zu sichern". So war die Grundlage für die isländisch-englischen Unterhandlungen gegeben, die sich freilich von englischer Seite wie gewöhnlich mit dem Prinzip des Ultimatums abwickelten. Englands Politik geht zielbewußt darauf aus, sich überall in den nördlichen Gewässern Stützpunkte zu schaffen; die Nachteile aber, die es für ein so kleines und in seiner wirtschaftlichen Widerstandskraft beschränktes Staatswesen wie Island hat, mit den Großen Kirschen zu essen, haben sich in den letzten zwei Jahren bereits deutlich gezeigt.

Notizen.

— **Die gefährliche Ulrike.** Carl Sternheims Erzählung „Ulrike" ist durch die Leipziger Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und gegen den Verfasser gleichzeitig ein Verfahren wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften eingeleitet worden. So wenig uns diese manierierte, für einen Normaldeutschen kaum genießbare und auch für Freunde artistischer Wortwürste schwer verdauliche Arbeit zusagt, der Staatsanwalt scheint uns dabei ganz fehl am Orte zu sein. Carl Sternheim leistet hier schon von sich aus das mögliche, um sich selbst zu verbieten.

— **Eines Künstlers Schrei nach Brot.** Der großrussische realistische Maler Ilja Ajepin befindet sich, wie der „Voss. Ztg." über Stockholm gemeldet wird, in bitterster Not. Der hochbetagte Künstler, der sich in einem Häuschen an der russisch-finnischen Grenze aufhält, ist buchstäblich in Gefahr, Hungers zu sterben. Sollte das Mütterchen Rußland, das schwergebeugte, nicht auch für diesen Sohn Brot und Hoffnung haben?

— **Die „Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung"** in Hamburg hat 1917 an Lazarette, Truppenteile und deutsche Kriegsgefangene im Auslande 194 967 Bücher verteilt; damit ist die Anzahl der Bücher, die sie seit Kriegsausbruch unentgeltlich verteilt hat, auf 649 709 angewachsen. Im einzelnen haben vom August 1914 bis zum Ende 1917 Lazarette 124 434 Bücher erhalten; mit dem Löwenanteil von 452 814 Büchern stehen Truppenteile und Wachtkommandos an der Spitze; der Rest kommt auf die deutschen Kriegsgefangenen.

Lodz.

81]

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

Schweigend begrüßte er alle und setzte sich in eine Ecke auf ein rotes, von einer großen Fächerpalme überschattetes Sofa.

„Wozu streiten, man kann alles ruhig besprechen," sprach langsam Grünspan; er ging, ein Samtkäppchen auf den graumelierten Haaren, im Zimmer auf und ab.

Ein langer Bart umrahmte das weiße, fette Gesicht mit den kleinen Augen, die fortwährend mit einer blitzartigen Geschwindigkeit von einem Gegenstand zum anderen flogen.

In der mit einem Siegelring geschmückten Hand hielt er eine Zigarre, machte selten einen Zug, schob dann die schwulstigen roten Lippen vor und beroch sie aufmerksam.

„Franz," rief er ins Vorzimmer, „bringen Sie mir aus meinem Arbeitszimmer die Zigarrenkiste; die da ist ganz feucht. Ich lege sie auf den Ofen, passen Sie auf, Franz, daß sie nicht verloren geht."

„Wenn sie nicht verloren gehen soll, dann wird sie auch nicht verloren gehen," brummte Franz.

„Was ist denn das für ein Fest hier?" wandte sich Moritz an Felix Fischbein, der mit zur Familie gehörte; er saß auf einem Schaukelstuhl, Rauchwolken ausstoßend und sich eifrig schaukelnd.

„Groß-Familien-Pleiten-Fest," warf er hin.

„Ich bin zu dir gekommen, Vater, daß du mir einen Rat gibst, ich habe alle aufgefordert, daß sie auch kommen, sie sollen sich's ansehen, sie sollen meinem Mann sagen, wenn er auf mich nicht hören will, daß wir alles verlieren, wenn er das Geschäft so weiter führen wird," begann energisch eine junge, stattliche, elegant gekleidete Brünette, die älteste Tochter Grünspans.

„Wieviel habt ihr auf Lihatschewo?" warf kurz ein junger Student hin, mit einer ausgeprägt semitischen Nase und fast rotem Haar und Bart. Er kaute an einem Bleistift.

„Fünfzehntausend Rubel."

„Wo sind die Wechsel?" fragte der Alte, mit der Uhrkette spielend, die über seinen dicken, von einer Samtweste umspannten Bauch hing; unter der Weste hervor flatterten zwei weiße Schnüre.

„Wo die Wechsel sind! Ueberall sind sie! Ich hab' mit ihnen bei Großglück gezahlt, Ware hab' ich mit bezahlt, Kolinski hab' ich mit bezahlt für die letzten Arbeiten. Was soll man da viel reden, jener hat Pleite gemacht, dann kommen sie an mich wieder zurück, und wir müssen sie bezahlen. Ich hab' sie giriert."

„Hör' doch mal zu, Vater! So red' er immer. Was soll das heißen? Das ist ein Geschäft! Das ist ein Kaufmann! Das ist ein anständiger Fabrikant, der sagt: ‚ich bin es schuldig und ich bezahle es'. So red' ein dummer Bauer, der nichts von Geschäften versteht," schrie sie, und Tränen traten ihr in die großen, dunkelolivfarbenen Augen, vor Kummer, Aerger und Entrüstung.

„Es wundert mich, Regina, es wundert mich sehr, daß du so klug bist und doch diese einfachen Sachen, auf die sich nicht nur der Handel, sondern auch das ganze Leben stützt, nicht verstehst . . ."

„Ich verstehe es, ich verstehe es nur zu gut, bloß kann ich es nicht verstehen, warum du die fünfzehntausend Rubel zahlen willst, Albert."

„Weil ich sie schuldig bin," flüsterte er und senkte das blasse, müde Gesicht auf die Brust. Ein eigentümlich ironisches, trauriges Lächeln huschte über die schmalen Lippen.

„Er bleibt dabei! Du nahmst rohe Ware auf Kredit, bist schuldig, gut; aber du gabst doch auch Ware auf Kredit und andere sind dir schuldig, und wenn die dir nichts zahlen, wenn sie Pleite machen, was sollst du da anfangen? Dann mußt du wohl zahlen? Du sollst also deshalb verlieren, weil Frumkin was verdienen will, was?" schrie sie, ganz rot im Gesicht.

„Unfähiger Krüppel!"

„Ae großer Kaufmann. Aj! Aj!"

„Du sollst akkordieren, du sollst dabei verdienen fünfzig Prozent!"

„Regina hat recht!"

„Spiel' dich nicht mit der dummen Anständigkeit auf, hier handelt sich's um schweres Geld."

Alle schrien auf einmal, mit den Händen umherfuchtelnd.

„Ruhig, Juden!" warf nachlässig Felusch Fischbein hin, auf dem Stuhle schaukelnd.

„Zahlen! Zahlen! Das kann jeder Dummkopf, jeder Pole kann das auch. Große Kunst!"

„Aber laßt uns doch zu einer Verständigung kommen, meine Herrschaften!" überschrie alle Sigismund Grünspan Sohn, der Student. Er klopfte mit dem Messer ans Glas, knöpfte seine Uniform auf der Brust auf und wollte unbedingt zu Worte kommen; aber niemand hörte auf ihn, alle sprachen und schrien durcheinander, bloß der alte Grünspan ging schweigend umher und blickte verächtlich auf den Schwiegersohn, der, auf die Ellenbogen gestützt, mit den Augen sich mit Moritz verständigte; dieser wartete ungeduldig auf den Schluß der Beratungen, musterte den Alten und überlegte, ob er ihm das Geschäft vorschlagen sollte oder nicht.

Er hatte große Lust dazu, aber je länger er wartete, um so kühler wurde er, er besann sich, und eine gewisse unerklärliche Scham faßte ihn, als er an Karl und Max dachte. Uebrigens hatte er nicht den Mut, Grünspan Vertrauen zu schenken. Er prüfte sein rundes, listiges Gesicht und die kleinen, umherflatternden Augen; mit einem gewissen taxierenden Ausdruck musterten sie der Reihe nach alle Anwesenden, blieben auf der hellen Hose des im Fauteuil ausgestreckten Fischbein haften, schienen das Gewicht der goldenen Uhrkette Albert Großmanns einzuschätzen; endlich betasteten sie die dicke Brieftasche, in der Landau, ein alter Jude mit einem langen, rötlichen Bart und einem Seidenkäppchen, fieberhaft etwas suchte. Großmann saß jetzt mit zurückgeneigtem Haupt da und starrte in die Decke, als ob er den drohenden Lärm nicht beachtete, den seine Frau mit Hilfe der nächsten Verwandtschaft schlug; nur deshalb waren sie zusammengekommen, um ihn an der Einlösung der Wechsel zu verhindern und gewissermaßen zu einer Pleite zu zwingen.

Nein, immer weniger Vertrauen hatte Moritz zu Grünspan.

„Sch! sch! Herrschaften, wollen wir jetzt Tee trinken," rief dieser, als das Mädchen mit dem siedenden Samowar erschien. „Bitten Sie das gnädige Fräulein Mela herein", warf er hochmütig Franz zu.

Es wurde etwas ruhiger.

Mela erschien, nickte allen mit dem Kopf zu und schenkte den Tee ein.

„Ich werde noch krank von all dem, das Herz schmerzt mich schon, und da hat man noch keinen Augenblick Ruh'," flüsterte Regina, die verweinten Augen trocknend.

„Fährst ja jedes Jahr sowieso nach Ostende, jetzt wirst du wenigstens einen Grund haben."

„Großmann, red' du nicht so, das ist mein Kind!" rief Grünspan energisch.

„Du hast mich nicht begrüßt, Mela," flüsterte Moritz, neben der jüngsten Tochter der Firma Grünspan & Landsberg Platz nehmend.

(Forts. folgt.)

Durch den unerwarteten Tod des Hoblers

Gustav Henkel

haben wir einen schweren Verlust zu beklagen.
Wir werden dem fleißigen, tüchtigen Mitarbeiter ein stetes Andenken bewahren.

Berlin SW 48, den 8. Juli 1918.
Friedrichstr. 233. 2640b

Werkzeugmaschinenfabrik „Boro".

Nach kurzem Krankenlager entschlief sanft am 7. Juli 1918 mein lieber Mann und unser herzensguter Vater

Gustav Henkel

im 44. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Anna Henkel geb. Krüger nebst Kindern,
Neukölln, Mainzer Str. 5.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 2649b

---

Am Sonnabend, den 6. Juli, verstarb nach langem, schwerem Leiden im 56. Lebensjahre unser lieber Bruder, der Tischler 2640b

Fritz Brunn

Kloedenstraße 3.

Die trauernden Hinterbliebenen
Otto Brunn,
Hermann Brunn.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof, Mariendorf, statt.

Die **Beerdigung** unserer teuren Verstorbenen findet am **Mittwoch,** nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Elias-Gemeinde in Niederschönhausen, Nordend, statt. 2643b

Die trauernd. Hinterbliebenen
Franz Fletzke
nebst Familie.

Künstl. Zähne in best. Ausführg. Teilzhlg. **Zahnziehen** durch Einspritzung schmerzlos. **Goldkronen 18 M.** Reparat. sof. Umarbeitg. schlecht sitz. Gebisse. v. 3 M. an ohne Pl. **Zahnarzt Wolf,** Potsd. Str. 55 (Hochb.) Tel.

Der Inhaber der Elektrotechnischen Fabrik Paul Reichardt, Curt Müller, hat das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhalten.

Es zeichnet: **Curt Müller.**

Spezialarzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von **Syphilis, Haut-Harn-, Frauenleiden,** spez.: chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäg. Preise Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Was muß der Mann vor der Ehe / von der Ehe wissen?

Von R. Gerling. — 81. Tausend. Das Erwachen der Liebe und Wesen der Ehe. — Abstammung und Vererbung. — Die Entstehung des Menschen. — Das Vorleben. — Die Vergangenheit des Mädchens. — Geschlechtskrankheiten. — Folgen in der Ehe. — Erziehung zur Ehe. — Wie soll die Frau beschaffen sein? — Wie lernt man das Mädchen kennen? — Brautnacht und Flitterwochen. — Das Benehmen des jungen Gatten. — Kindersegen. — Vertrauliche Worte.

„Wiener Montagszeitung": Gerling hat es meisterhaft verstanden, den Ton zu finden, der zum Herzen geht. Freimütig und offen, wie im vertraulichen Zwiegespräch spricht der Mann zum Manne.

Dank für alle die Lehren, die Sie in ihrem trefflichen Buche in so hingebender und idealer Weise ausgesprochen haben. In den meisten Punkten habe ich erst durch Ihre lichtvollen Ausführungen Klarheit gewonnen. C. B., Lehrer. — **Preis 2.60 M., Porto 20 Pf.**

Orania-Verlag, Oranienburg bei Berlin 92.

Verkäufe

Elegante Kostüme, Damenmäntel, Damenlister, Damenröcke, Blusen, Herrenanzüge, Burschenanzüge, Winterpaletots, Ulster, Pelzsachen. Löwenthal, Neukölln, Berlinerstr. 41. 122R*

Abessinier, Ersatzteile und Zubehör. Köchlin, Alte Jakobstraße 20/22. 184R*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101R*

Pelzgarnituren aller Art, jetzt zu herabgesetzten Preisen! Uhrenverkauf. Silbertaschen. Leihhaus, Warschauerstr. 7. *

Holzräder! aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weidlich, Brunnenstraße 96. 107R*

Leiterhandwagen, Kastenwagen, extrastabil, dauerhaft, Auswahl, Holzräder. Landsbergerstraße 19, Schmiede. 52R*

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat Wagner, Cöpenickerstraße 71. 121R*

Klappsportwagen, Kinderwagen. Ziet, Voltastr. 49, II. 40R*

Nähmaschinen! Singerbobbin, Adler, Schnellnäher, kleine, große, wie neu, billig, Reparaturen prompt. Kastory, Kottbuserdamm 6, vorn hochparterre. 62R*

Teppiche, Bettvorleger, Diwandecken, Tischdecken, Tüllstores. Potsdamerstraße 109, Fischer. 116R*

Schule des Werkzeugmachers von Fritz Schön sowie andere technische Bücher empfiehlt Vorwärts-Sortiments-Buchhandlung, Lindenstraße 3 (Laden). 6,35 Mark. *

Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie Pelzkragen, Muffen, Skunks, Nerz, Alaska, Blaufüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, Alpakataschen, neue Herrengarderobe. Sonntags geöffnet. 140R*

Blaue Herren- und Knabenmützen, leichte Sommermützen billig zu verkaufen. Rosenthalerstraße 20/21, Putzgeschäft. 55R*

Hornlose Harzer Ziege, frischmilchend, zweimal gelammt, verkauft für 275 Mark frei jeder Bahnstation Kiskat, Gandersheim (Harz). 1115

Kochapparate, elektrische, preiswert. Wiese, Hasenheide 88. 200/19

Kranken-Luftkissen, neu, prima Gummi, Selbstkostenpreis zu verkaufen. Bamme, Hinderfinstr. 12, Nähe Reichstagsgebäude. 2644b

Oberbetten, Unterbetten, 45 bis 85, Friedensinlett. Lindner, Alte Jakobstraße 84, I. 5 bis 7. 77/18

Verkaufe Wohnlaube, zwei Stuben, Küche, Stallung, Wasserleitung und Ernte, Nähe Thaerstraße. Abends 6—8. Nowottnik, Berlin O., Matternstraße 2. 77/17

Geschäftsverkäufe

Schlosserei mit Maschinen wegen Todesfalls billig zu verkaufen. (Von 10—12.) Döring, Kleine Andreasstraße 6. †189

Möbel

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark. 142R*

Möbelgeschäft, 38 Jahre bestehend, verkauft jetzt Bedeallianceстraße 14a noch zu billigen Preisen, solange Vorrat reicht, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, moderne Küchen. Speisezimmer, Eiche, 1350,—, Schlafzimmer 950,—, Küchen 380,—, einzelne Ankleideschränke, Ruhebetten, Bettstellen, Tische, Trumeaus, Teppiche, Kronen spottbillig, verliehen gewesene, zurückgesetzte Möbel bedeutend unterm Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung. 36R*

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 138R*

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts. Sonntags 8—10 geöffnet. 166R*

Chaiselongues, nagelneue, 90,00 an. Walter, Stargarderstraße 18. 258R*

Herrenzimmer! Eiche, reizende Bibliothek, gediegener Diplomat, komplett mit Lederstühlen und Sessel nur 1750,—. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30. *

Unbedingt zum Kaufabschluß führt die Besichtigung meiner enorm reichhaltigen Ausstellung kompletter Herren-Speise- und Herrenzimmer. Möbelhaus M. Hirschewitz, SO., Skalitzerstraße 25. Hochbahn: Kottbuser Tor. 146R*

Stuben- und Kücheneinrichtung sehr billig. Möbelschatz, Brunnenstraße 160, Eingang Ackerstraße. 245/4*

Nußbaum-Vierzigtisch und feine schmiedeeiserne Kopierpresse mit Messingkugeln preiswert verkäuflich. Friedrichstraße 40, III, Rebetge. 1117b

Gut erhaltenes Bettgestell verkauft billig W. Schoenebeck, Neukölln, Kniesebeckstr. 59. †94

Bettstelle mit Matratze zu mit Matratze verkauft billig W. Schoenebeck, Neukölln, Kniesebeckstraße 59. †94

Musikinstrumente

Pianos auf Teilzahlung und zur Miete. Pianohandlung, Göbenstraße 10a. 51R*

Friedenspiano, hochelegantes, schwarzes, gebrauchtes, 975,—, Tafelklavier 275,—. Ernst, Oranienstraße 166, III. 120R*

Harmoniumspiel, ohne Notenkenntnisse spielbar, Harmonium mit eingebautem Spielapparat, Salonharmonium, neu, gebraucht, billigst, eventuell Ratenzahlung. Oranienstraße 166, III. 120R*

Wandermandoline 35,—, erstklassige 85,—, Wandergitarre 40,—, Konzertlaute 85,—, Unterricht 6,— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Künstlervioline mit Etui 85,—, Schülergeige 45,— verkauft Ernst, Oranienstraße 66, III. 120R*

Pianos, billigste Gelegenheiten, 800,— aufwärts, Bechsteinpianos, Duysenpianos, Schwechtenpianos, Ibachpianos, Biesepianos, Flügel von 1000,— an. Krüger, Neue Königstr. 31 (Alexanderplatz). 217/9

Künstlerin verkauft heiratshalber gebrauchten Künstlerflügel, 1200 Mark, neuen prachtvollen Maud-Flügel, 4000. Kaiserdamm 105, Portier erfragen. Besichtigung 3—8. Händler verbeten. 2636b

Harmonium, ohne Notenkenntnisse sofort spielbar, verkauft, 350 Mark, Zemke, Steinstraße 8. Nur abends nach 6 Uhr. 2648b

Piano, schwarz, 900,—, vorzüglicher Ton, verkauft Schüßler, Schwarzkopfstr. 5, vorn parterre links. 77/20

Fahrräder

Herrenrad 50,—, Damenrad 75,—, Freilaufräder. Kraus, Andreasstraße 22. 77/16

Kaufgesuche

Weinkorke, gebrauchte (über 35 Millimeter), kauft jeden Posten mit Genehmigung. 4 Pfennig pro Stück. Lasse auch abholen. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. Fernruf: Wilhelm 5676. 161R

Sektkorke (Naturkork) kauft jeden Posten mit Genehmigung. 20 Pfennig pro Stück. Lasse auch abholen. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. Fernruf: Wilhelm 5676. 161R

Schallplatten, alte und Bruch, kauft jedes Quantum zu gesetzlichen Höchstpreisen. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. 161R

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Lacke bis 18,00, Bleiweiß sowie sämtliche Malerartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. (Rollendorf 2379.) *

Fahrradankauf. Schwandke, Linienstraße 19. 72/8*

Metallschmelze. John kauft Abfälle. Händler bevorzugt. Alte Jakobstraße 138 (Ecke Hollmannstraße). 260R*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Kabel, Litzen, elektrische Leitungsdrähte kauft Großfeld, Kottbuserstraße 21. Moritzplatz 4016. 40R*

Flügel oder Piano kauft Wernicke, Neukölln, Jonasstraße 43, III. Preisofferte erbeten. 120R*

Piano oder Flügel sucht Bäckerei, Prenzlauer Allee 208. (Preisangabe.) 120R*

Zahngebisse! Platinabfälle, 7,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektrische Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberschmelze Christionat, Cöpenickerstraße 20a (gegenüber Mantenffelstraße). 117R*

Korke zu den jetzigen erhöhten gesetzlichen Höchstpreisen kauft Sperber, Zebbenickerstraße 13. (Norden 4903.) Wird auch abgeholt. 246/16*

Damenrad kauft Kraus, Andreasstraße 22. 77/15

Unterricht

Mandolinen-, Lautenspiel, Gitarrenspiel, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung, 6,— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Lehrinstrumente billigst, Klavier-, Violin-Schnellkurse. Ernst, Oranienstraße 166, III. 120R*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swiento, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Tanzschule Friedrich, Michaelkirchstraße 39. Täglich Anfängerkurse. Schülerkurse. Kinderkurse. 19R*

Damenfrisieren erteilt Unterricht Frisierschule Kunze, Kottbuserstraße 1. 44R*

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 68R*

Darlehn, 6 Prozent Teilrückzahlung, auf Hypothekenbriefe 5 Prozent, gibt Bankverein, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 168. 40R*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Gestellarbeiter auf Feldpatronenkörbe verlangt sofort Bergmann Sohn, Fürstenwalderstraße 1. †188

Dreher, Werkzeugmacher, Schmiede, Arbeiter verlangt sofort Paul Marcus, Schöneberg, Monumentenstr. 35. 78/4

Stepperin auf Militärhosen verlangt H. Willm, Cöpenickerstraße 195. 2636b

Lehrfräulein oder intelligente Anfängerin für Ingenieurbureau sofort Mauerstr. 81, I. 1116

Lehrmädchen zur gründlichen Ausbildung in Kontor, Lager und Verkauf suchen Gasglühlicht-Werke „Nordstern", Cöpenickerstraße 30a. Vorstellung 9—12. 2642b

Verkäuferinnen, auch für Lagerarbeiten, eventuell als Filialleiterin suchen Gasglühlicht-Werke „Nordstern", Cöpenickerstraße 30a. Vorstellung 9—12. 2641b

Fahrstuhlführerinnen suchen sofort A. Jandorf u. Co., Große Frankfurterstraße 113. Meldungen im Maschinenhaus. 130R

Tüchtige Mechaniker
finden dauernde Beschäftigung bei
C. Lorenz A.-G., Abt. Drahtl. Telegrafie, Berlin-Tempelhof, Lorenzweg. 1058L*

Tüchtige Glasschleifer
(Schrupper) 262/14*
die auf Linsen und Prismen gearbeitet haben, finden dauernde Beschäftigung.
Voigtländer & Sohn A.-G.,
Optische Werke, **Braunschweig.**

Perfekter Einrichter für Revolver- u. Automatenbänke, tüchtige Dreher und Schlosser, ältere Leute, sowie Reparaturschlosser für Werkzeugmaschinen werden sofort eingestellt. **Maschinenfabrik Karl Vogeler,** Alt-Moabit 1, Lehrter Hauptbahnh.

Tücht. Maschinenarbeiter stellt ein 2646b
Otto Müller, Aktiengesellschaft, Glogauer Str. 6.

Malergehilfen kriegswicht. Arbeit. verl.
Kyser & Brodkorb,
Friedenau, Crimdstr. 7.
Stadtburg 842. 78/3

Mechaniker
tüchtiger, selbständ. Posten, sucht Neutral-Film, Seydelst. 10/11.

Frontengrundierer,
Tischler auf Kriegsarbeit sucht
Otto Marquardt,
Lichtenberg, Siegfriedstr. 202.

Tischler, Polierer, Maschinenarbeiter
für Holz sucht 1113*
Hintz-Fabrik,
Bln.-Marienbrief.

Erdarbeiter
für Heeresarbeiten
sucht sofort 2561b*
Bauunternehmer Leonhard Moll, München-Berlin.
Anmeldungen: Berlin, Grüner Weg 55, Laden.

Schuhmacher für leichte Militärarbeit sucht Schuhfabrik Glaser, Landsberger Str. 92.

Front.- u. halbe Kasten-Grundierer verl. Steinberg, Frankfurter Allee 12. 1114

Werkstatt-Klempner verl. Stralauer Allee 22.

Steinschleifer verl. Herd. Röhelm A.-G., Gerichtstr. 27. 1107

Hausdiener
erhalten sofort Anstellung.
Meldungen m. Zeugnissen u. Militärpapieren bei der Hausaufsicht Eingang Grunerstraße.
A. Wertheim G. m. b. H.
113 Königstr. 31/32.

Schlosser und Elektro-Monteure
stellen ein
Zeppelinwerke G. m. b. H.,
217/18* Staaken bei Spandau.

Tüchtige Motorenschlosser, Reparaturschlosser, Spitzendreher
sofort gesucht.
Loeb-Werke Aktiengesellschaft,
1055L* Berlin-Hohenschönhausen.

Schlosser und Klempner
selbständig arbeitend, möglichst mit Erfahrung im Flugzeugbau, für dringende Heeresarbeit zu sofort. Eintritt gesucht.
Luftschiffbau Schütte-Lanz,
206/11* Zeesen bei Königswusterhausen.

Tüchtiger Drucker gesucht
für Hausdruckerei kriegswichtigen Betriebes. Muß zuverlässig in sauberem Druck sowie flum im Papierzuschneiden sein und in leichten Satzarbeiten mit aushelfen. Zwei Phönixtiegel und Papierschneidemaschine mit Kraftbetrieb. 1109
J. D. Riedel A.-G., Berlin-Britz,
Riedelstraße 1—92.

Vertreter, Reisende, Grossisten,
die in Lebensmitteln und einschlägigen Geschäften bestens eingeführt sind, werden für unser unschädliches und völlig unschädliches
„Einmachemittel Dura"
an allen Plätzen gesucht. Kein Ersatz, frei verkäuflich. Millionenabsatz. Dura konserviert Obst, Gemüse, Fleisch, Speiseeste, Saucen usw. in offenen Gefäßen und erspart das teuere und zeitraubende Einmachen. 76/17*
Marga G. m. b. H., Berlin-Tempelhof, Dorfstr. 23.

Arbeiter und Arbeiterinnen
sucht zu sofortigem Antritt
J. D. Riedel A.-G.,
1110* Berlin-Britz.

Fantasiefedern-Klebrinnen u. Binderinnen
verlangt 78/2
Alfred Fischer,
Cöpenicker Str. 86/87.

Lehrmädchen
für leichte Handarbeit verlangt
Alfred Fischer,
Phantasiefedernfabrik,
Cöpenicker Str. 86/87.

Hausdienerinnen Abräumerinnen Abwäscherinnen
erhalten sofort Anstellung.
Meldungen von 8½—10, 12 bis ½2, ½6—½7 Uhr. 113
A. Wertheim G. m. b. H.,
Rosenthaler Str. 27/31.

---

50 Arbeiterinnen
für d. Maschinenfabrik gesucht.
Hartung, Aktiengesellschaft,
Berlin-Lichtenberg,
Herzbergstr. 122/24.

Geübte Arbeiterinnen
für Stanzerei u. Schraubendreherei gesucht. 2647b
Otto Müller, Akt.-Ges.,
Glogauer Str. 6.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen

Berlin: Markusstr. 36. — Lausitzer Platz 14/15. — Lindenstr. 8. Blumenthalstr. 8, Hof parterre. Wilhelmshavener Str. 48.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.
Tempelhof: Ueckermann, Kaiser-Wilhelm-Str. 74.
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Weißensee: Wasielewski, Berliner Allee 11
Borsigwalde: Kienast, Räusch-Str. 10.

Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

1108 **Schmiedegeselle,**
tüchtiger, selbständiger Arbeiter, guter Beschlagschmied, sofort ges. Anthracitschulze, Charlottenburg, Quedlinburger Str. 6-7 Nm.

Junge Bureauboten
für leichte Bureauarbeiten und Botengänge sofort gesucht.
Meldungen von 8—1 Uhr. 2635b
Held & Francke, Aktiengesellschaft,
Berlin SO, Am Köllnischen Park 1.

Maurer, Bauarbeiter und Frauen
stellt sofort ein 184/16
Neubau Bergmann-Werke, Rosenthal,
Boswau & Knauer G. m. b. H.

---

1 Baggermeister, 1 Löffelführer, 1 Maschinist, 2 Lokomotivführer, 100 Bauarbeiter
für unsere Baustelle Bahnbrook sofort gesucht. Unterkunft und Verpflegung vorhanden. Meldungen 207/1*
Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen,
Geschäftsstelle Kiel, Holtenstr. 104.

Erd- und Bauarbeiter,
für auswärtige Baustellen sofort gesucht. Zu melden bei
Windscheid & Langelott, Berlin W 57,
Bülowstraße 79. 9732*

Wir suchen für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter u. Platzarbeiter
in größerer Zahl, ferner
Dreher, Schlosser, Lokomotivführer, Rangierer, Heizer, Werkzeug-, Bau- und Rohrschlosser, Rohrleger, Tischler, Rottenarbeiter.
Arbeiterannahmestelle der Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstr. 22. 12/1*

Kontoristin,
perfekt in Buchführung, Stenographie und Schreibmaschine für sofort gesucht.
Adolf Ehrhardt,
1118 Holz- und Kohlengroßhandlung,
NW 87, Alte-Wardenberg-Straße 21—24.

Gebäudes versammelte Menge bewarf die Polizei mit Steinen, als sie zerstreut wurde.

Wie Havas meldet, hat die Kammer das Spionagegesetz ohne Abstimmung angenommen. Die sozialistischen und republikanischen Abgeordneten, die gegen das Gesetz waren, verließen den Saal. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Cambo erklärte, man müsse Spanien retten; die Regierung werde trotz des Widerstandes der Linken das Land retten.

Fliegerbomben auf Konstantinopel.

Konstantinopel, 7. Juli. Tagesbericht. Fünf feindliche Flieger haben heute vormittag Konstantinopel mit Bomben angegriffen. Dank unserer Abwehrmaßnahmen ist der angerichtete Schaden sehr gering.

Die Beute der Italiener.

Wien, 8. Juli. Zum Nachtrag des italienischen Heeresberichtes vom 6. Juli bemerkt das Kriegspressequartier: Wenn die Italiener aus ihren Fortschritten im Piave-Delta möglichst viel Kapital schlagen, so sei darüber kein Wort verloren. Dagegen verdienen ihre Gefangenen- und Beutezahlen schärfste Abweisung. Die Zahl der durch sie eingebrachten **Gefangenen** ist durch die letzten Kämpfe an der Gebirgsfront und an der unteren Piave höchstens um 3000 Mann, das ist seit Beginn der Schlacht in Venetien von 12 000 **auf 15 000 gestiegen**. An dieser Tatsache ändert auch der 23 911. Gefangene nichts, der italienischerseits „gezählt" worden ist.

Die dem k. u. k. Armeeoberkommando gemeldete **Geschützeinbuße** beläuft sich seit dem 15. Juni auf **insgesamt 12 Geschütze**.

U-Boot-Arbeit im Mittelmeer. Unsere Unterseeboote versenkten im Mittelmeer 4 Dampfer, 8 Segler von rund **16 000 B.-R.-T.**

Die Reichstagswahlreform.

186. Sitzung des Reichstags Montag, den 8. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Payer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Vorlage betr. die

Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags um ein weiteres Jahr.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Diese Verlängerung unserer Mandatsdauer ist uns natürlich unangenehm, und wir würden es an sich sehr begrüßen, wenn endlich Neuwahlen stattfinden könnten, zumal wir von ihnen eine Vergrößerung unseres Einflusses erhoffen können. In dieser Zeit sind aber Neuwahlen im Reich schwer durchführbar. Die Soldaten können nicht wählen, außerdem muß jeder Wahl eine intensive Aufklärungsarbeit vorangehen, und wer soll diese Arbeit im Kriege leisten? Wir stimmen daher der Vorlage zu.

Abg. **Albrecht** (U. Soz.): Wir lehnen die Vorlage ab. Eine Verlängerung der Legislaturperiode um ein weiteres Jahr bedeutet gleichsam eine Verlängerung des Krieges. Vor allem liegt in der Vorlage eine Umgehung der Verfassung. Ich bestreite den Abgeordneten das Recht, ihre Mandate dauernd zu verlängern.

Die Vorlage wird hierauf in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz über die Verlängerung der Mandatsdauer des Landtags für Elsaß-Lothringen.

Es folgt die zweite Lesung der

Reichstagswahlreform.

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Die Kommission hat nur unwesentliche Aenderungen an der Vorlage vorgenommen, und wir stehen ihr nach wie vor sehr kühl gegenüber. In verschiedenen Parlamenten sind zurzeit Bestrebungen auf Aenderung des Wahlrechts im Gange. Italien will den jungen Soldaten das aktive Wahlrecht geben. England, Holland und Dänemark führen das Frauenwahlrecht ein. Holland und Dänemark auch die Verhältniswahl. Es ist kein Zufall, daß so weitgehende Wahlrechtsänderungen in diese Zeit fallen, in der nichts mehr festzustehen scheint. All diese Reformbestrebungen sind getragen von der Erkenntnis, daß der Staat die beste Aussicht hat, sich zu behaupten, der fest im Herzen seiner Bürger verankert ist. Staatsbürgerliche Gesinnung hat aber zur Voraussetzung, daß jeder Einzelne Einfluß hat auf die Gestaltung der Verhältnisse im Staate, und diesen Einfluß kann er nur ausüben vermittelst des Wahlrechts. Die Vorlage läßt nicht erkennen, daß die Regierung zu dieser Erkenntnis durchgedrungen ist. Die Reform ist außerordentlich mager und trotzdem von der feierlichen Versicherung begleitet worden, die Regierung sei entschlossen, in absehbarer Zeit über das hier Zugestandene nicht hinauszugehen. Diese Versicherung ist dann in der Kommission noch einmal verstärkt worden, als auf konservativer Seite ein Widerspruch zwischen ihr und einer Aeußerung des Vizekanzlers erblickt wurde, wonach die Verhältniswahl in den Großstädten Gelegenheit geben werde,

eine Probe auf die Verhältniswahl überhaupt

vorzunehmen. Wie wenig sachlich aber dieser konservative Vorstoß gegen den Vizekanzler war, ersieht man daraus, daß, als von uns der Antrag auf Einführung der allgemeinen Verhältniswahl gestellt wurde, die Konservativen nicht etwa gegen ihn stimmten, sondern sich der Abstimmung enthielten. (Hört! hört!) Der Entwurf berücksichtigt wesentliche Forderungen nicht, die wir erheben müssen. Es fehlt die Herabsetzung des Wahlalters, es fehlt die Zulassung der Frauen. **Wie lange will man denn die Frauen noch vom Stimmrecht ausschließen?** Warum muß denn Deutschland hinter anderen Ländern zurückbleiben? Wir haben unsern Antrag auf Einführung der allgemeinen Verhältniswahl wieder eingebracht. Das Parlament muß ein Spiegelbild des Volkes sein, und deshalb muß jede Minderheit vertreten sein. Darum legen meine Freunde den größten Wert auf den von der Kommission neu eingefügten § 6a, wonach in jedem Wahlkreis, dessen Einwohnerzahl über 800 000 wächst, für jede weitere angefangenen 200 000 Einwohner je ein neuer Abgeordneter zu wählen ist. Daß die gebundenen Listen eine Knechtung der Wähler bedeuten, davon kann gar keine Rede sein. Wir stimmen dem Gesetz zu als einem Mittel zum Kampf für die Einführung des Frauenstimmrechts und der allgemeinen Verhältniswahl. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Müller-Meiningen** (Vp.): Auch ich bin ein Anhänger des allgemeinen Proporzes. Wenn wir ihn aber annehmen, so scheitert die Vorlage, und weil wir das nicht wollen, werden wir nicht für den allgemeinen Proporz stimmen. Ganz ebenso verhält es sich mit dem Frauenstimmrecht, dessen Anhänger ich persönlich ebenfalls bin. Ich bitte, die Vorlage nach den Beschlüssen der Kommission anzunehmen. (Beifall b. d. Volkspartei.)

Abg. Dr. **Bell** (Z.): Die Vorlage hat den richtigen Weg eingeschlagen. Deshalb können wir für den von der Kommission eingefügten § 6a, der die automatische Vermehrung der Zahl der Abgeordneten und der Wahlkreise mit Verhältniswahl bringt, nicht stimmen.

Abg. Graf **Westarp** (k.): Der Gesetzentwurf bedeutet eine Bevorzugung der großstädtischen Bevölkerung, besonders der organisierten Arbeiter, zuungunsten der ländlichen Bevölkerung. Meine Freunde sind grundsätzliche Gegner der Verhältniswahl. Wir lehnen die Vorlage daher ab.

Vizekanzler v. Payer

erklärt einer Bemerkung des Abg. Graf Westarp gegenüber, daß die Regierung den Entwurf keineswegs als einen ersten Versuch auffasse, der der Einführung des allgemeinen Verhältniswahlsystems die Wege bahnen soll. Er habe bei der ersten Lesung nur gesagt, es werden sich im Laufe der Jahre Erfahrungen ansammeln, die auf die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, auf die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit des weiteren Ausbaues des Verhältniswahlsystems Schlüsse zulassen werden. Daß diese Erfahrungen für den weiteren Ausbau sprechen werden, habe er weder gesagt, noch sagen wollen, es sei auch das Gegenteil möglich.

Abg. Dr. **Herzfeld** (U. Soz.): Der Gesetzentwurf bringt das Proportionalwahlrecht nur da, wo die Arbeiter die Mehrheit haben, in 361 Wahlkreisen soll es nicht eingeführt werden, und wir haben ja gehört, daß dieses Gesetz nicht der erste Schritt zur allgemeinen Einführung des Verhältniswahlsystems sein soll, wie der Abg. Landsberg meint, sondern es soll dazu dienen, den Ansturm der Arbeiterklasse zur Einführung des Proportionalwahlsystems in den übrigen 361 Wahlkreisen abzuschlagen. Wir lehnen das Gesetz ab.

Abg. Dr. **v. Lasocewski** (Pole): Die nur teilweise Einführung der Verhältniswahl ist ein Unrecht, wir lehnen das Gesetz daher ab.

Abg. Graf **Westarp** (k.): Der Vizekanzler hat in Aussicht gestellt, daß möglicherweise eine Ausdehnung der Verhältniswahl stattfinden soll, während die Verbündeten Regierungen einen solchen Standpunkt abgelehnt haben. Diese Stellung des Vizekanzlers verstärkt nicht das Vertrauen in die Festigkeit der Regierung und veranlaßt uns um so mehr, auf unserem ablehnenden Standpunkt zu beharren.

Vizekanzler **v. Payer**: Meine Ausführungen stehen in keiner Weise im Widerspruch zu der Haltung der Verbündeten Regierungen. Ich habe lediglich gesagt, daß nach einem Zeitraum von Jahren Erfahrungen vorliegen werden, die einen Schluß über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit eines weiteren Ausbaues der Verhältniswahl gestatten werden. Das gibt niemand das Recht, die Glaubwürdigkeit und Bestimmtheit der Verbündeten Regierungen in Zweifel zu ziehen.

Unter Ablehnung des von den Sozialdemokraten gestellten Antrages auf allgemeine Einführung der Verhältniswahl werden die §§ 1—5 angenommen.

Nach längerer Debatte wird § 6a in namentlicher Abstimmung mit 158 gegen 130 Stimmen angenommen, ebenfalls der Rest des Gesetzes. Dem Vorschlage, die dritte Lesung sofort vorzunehmen, widerspricht Abg. Gröber (Z.).

Es folgt die Beratung über den Bericht des Haushaltsausschusses betr. die

Beamtenorganisation in Heer und Marine.

Abg. **Trimborn** (Z.) befürwortet die Schaffung einer durchlaufenden Karriere wie bei der Post.

Abg. **Stahl** (Soz.)

bringt einige Beschwerden der Beamten und Arbeiter in den

Militärbetrieben in Spandau

vor, da Verhandlungen mit der Wumba zu keinem Ergebnis geführt hätten. Eine Reihe älterer Verwaltungsschreiber fühlen sich durch nicht erfolgte Beförderung zurückgesetzt. Kanzleischreiber-Zivilanwärter verlangen Gleichstellung mit den Militäranwärtern in der Beförderung. Die Belohnungen für besondere Leistungen sind plötzlich aufgehoben worden. Wir sind an sich gegen die Art der Bezahlung, aber wenn sie einmal eingeführt waren, muß schleunigst ein Ausgleich für die Abschaffung in Form von Teuerungs- oder Lohnzulagen erfolgen. Die beabsichtigte **Stücklohnreduzierung** bei den Arbeitern in den technischen Betrieben hat große Erregung in den beteiligten Kreisen hervorgerufen. Den Arbeiterausschüssen wird auf Grund der Arbeitsordnung verboten, außerhalb der Betriebe zusammenzukommen. Solche vorsintflutlichen Bestimmungen passen nicht in die heutige Zeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Schwerarbeiter müssen, um ihre Arbeit überhaupt leisten zu können, sich die nötigen Lebensmittel zu Wucherpreisen kaufen. Die Beschaffungsämter selbst bieten ja Butter zu 22 M. usw. an. Es genügt der Lohn von 1,08 M. pro Stunde, wie ihn sehr viele Rüstungsarbeiter z. B. in der Pulverfabrik Spandau beziehen, durchaus nicht. In Küstrin hat die Polizei eine Sitzung des Arbeiterausschusses aufgehoben. Die Arbeitszeit sollte endlich einheitlich auf 8 Stunden festgesetzt werden, unter möglichster Beseitigung der mörderischen Nachtarbeit. Die Behandlung der Arbeiter ist auch nicht besser geworden. Die reklamierten Meister erlauben sich ganz flegelhafte Bemerkungen gegenüber den Kriegsbeschädigten, wie z. B.: „Warum seid Ihr denn so dumm gewesen und habt Euch Eure Knochen kaputt schießen lassen!" (Hört! hört!) Das muß natürlich bei den Kriegsbeschädigten enorme Erbitterung auslösen. Bei dem **großen Explosionsunglück in Henningsdorf** ist ein Sachschaden von 1 700 000 M. entstanden. Jetzt weigert sich die A.E.G., den Schaden zu ersetzen und ebenso weigert sich das Wumba. Die Gemeinde ist dadurch in große Materielle Bedrängnis geraten. — Zwischen der Stadtverwaltung Spandau und der Heeresverwaltung soll ein Abkommen bestehen, wonach die Spandauer Straßenbahner und Straßenbahnerinnen bis ein Jahr nach ihrer Entlassung nicht in den technischen Instituten der Heeresverwaltung Beschäftigung erhalten sollen. Das käme einer Verfemung durch schwarze Listen gleich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich fordere sofortige Aufhebung dieser Vereinbarung, falls sie noch besteht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

General **v. Owen**: Die Neugestaltung der Beamtenfragen in der Militärverwaltung hat durch den Krieg keineswegs Stillstand erfahren. Die Militärverwaltung steht den hierbei zu lösenden Fragen wohlwollend gegenüber.

Generalfeldzeugmeister **v. Coupette** gibt Auskunft über die Verhältnisse verschiedener Kategorien von Beamten und Arbeitern. Irgendwelche Abmachungen mit der Privatindustrie, die Stücklöhne herabzusetzen, haben wir nicht getroffen. Die Beschwerde des Abg. Stahl, daß die Arbeiterausschüsse nicht miteinander verhandeln dürfen, ist unberechtigt; es ist nur den Ausschüssen eines technischen Instituts untersagt, mit denen eines anderen Instituts zu verhandeln. Die Spandauer Fälle werden genau untersucht. Die Verhandlungen über die Entschädigung für die Henningsdorfer Explosion werden mit größtem Entgegenkommen geführt.

Abg. **Weinhausen** (Vp.): Bei der Reorganisation muß die Stellung der Beamten gegenüber den Offizieren gehoben werden; es ist ein Mißstand, daß junge Offiziere Vorgesetzte selbst höherer Beamten sind.

Abg. **Held** (natl.) erörtert die Frage der Schaffung eines Verwaltungs-Offizierkorps.

Abg. **Werner-Hersfeld** (D. Fr.): Die Verwaltungsbeamten wünschen in einem Verwaltungs-Offizierkorps zusammengefaßt zu werden.

General **v. Owen**: Die Schaffung eines Beamtenbeurlaubtenstandes komme nur für Militärbeamte in Frage. Die Lage der Beamtenstellvertreter hat sich während des Krieges fortlaufend verbessert.

Abg. **Büchner** (U. Soz.): Einem Teile unserer Beschwerden ist stattgegeben worden. Die Kriegsbeschädigten werden noch immer in den Staatsbetrieben schlechter als die übrigen Arbeiter bezahlt. In der **Pulverfabrik Spandau** nimmt ein Vizefeldwebel Brück Leibesvisitationen an Arbeiterinnen vor, die aufs gröbste gegen Moral und Sitte verstoßen. (Hört, hört!) Die vom Wumba in die Wege geleitete Lohnregelung kann nur die größte Unzufriedenheit hervorrufen. Der Versuch, bessergestellte bürgerliche Frauen, Studentinnen usw. zur Munitionsarbeit zu verwenden, hat elenden Schiffbruch erlitten. Die Frauenkrankheiten nehmen erschreckend zu. Hier heißt es: Kürzere Arbeitszeit; weg mit der Nachtarbeit!

Die Debatte wird geschlossen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Trimborn (Z.) wird die vom Ausschuß beantragte Resolution angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr. (Anfragen, Steuergesetze.)

Schluß: 9¼ Uhr.

Sozialdemokratie, Zentrum und Reichstagsmehrheit.

Seit der letzten Rede Scheidemanns im Reichstag wird die Presse der Rechten nicht müde zu versichern, daß es mit der Reichstagsmehrheit aus und gar sei, und alles, was heimlich oder offen reaktionär-alldeutsch ist, stößt in dasselbe Horn. So noch die „Köln. Volkszeitung" vom letzten Sonntag:

„Es gibt kein schärferes Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler und die Regierung, als die Ablehnung des Etats. Bei der Zugehörigkeit der Sozialdemokratie zu einer bestimmten parteilichen Mehrheit, die auf Grund gewisser Vereinbarungen sich zusammengefunden hat, ist die Ablehnung des Etats ein unbegreifliches, unbegründetes Mißtrauensvotum gegen die Regierung und zugleich eine Kündigung dieses Mehrheitsverhältnisses. Die Sozialdemokratie hat kein Recht mehr, sich nach der Rede Scheidemanns auf das sogenannte Mehrheitsprogramm zu berufen. Unter der Führung Scheidemanns steht die sozialdemokratische Fraktion wieder ganz unter der früheren Herrschaft der demagogischen Agitationsphrase. Nach dieser Richtung hin hat sie seit einiger Zeit eine starke Wandlung vorgenommen. Die Ausführungen Scheidemanns haben auch im Zentrum großen Unwillen hervorgerufen."

Ganz anders aber läßt sich am Montag die „Germania" vernehmen:

„Auch in Zentrumsblättern ist hier und da die Auffassung vertreten worden, daß diese Rede das Signal für das Abschwenken der Sozialdemokratie in die Opposition wäre oder aber für das Abstoßen dieses Gliedes von der Mehrheit sein müsse. Wir haben uns diese Ansicht nicht zu eigen gemacht. Zwar sind auch wir der Ansicht, daß die Rede keine erfreuliche Leistung war, aber wir haben es andererseits doch für nötig gehalten, die Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg." zu unterstreichen, daß nichts weniger angebracht wäre, als auf eine mißglückte sozialdemokratische Rede mit einem Trommelfeuer von Verdammungsurteilen zu antworten, daß die Sozialdemokraten in der wichtigsten Frage, daß wir uns unserer Haut zu wehren haben, mit den bürgerlichen Parteien einer Meinung sei, und daß diese Plattform groß genug sei zu gemeinsamer Zusammenarbeit innerhalb der Reichstagsmehrheit. Wir können dem heute hinzufügen, daß dies auch die einheitliche Auffassung in der Zentrumsfraktion des Reichstages ist. Diese hat sich am Sonnabend mit der Frage beschäftigt und ihre Beratungen haben, wie wir erfahren, das Ergebnis gehabt, daß man keinen Grund sieht, der für eine Zertrümmerung der Julimehrheit maßgebend sein könnte."

Die Sozialdemokratie, heißt es weiter, habe die Teilnahme an der Regierung abgelehnt und ihrer Kritik nie Schranken auferlegt, aber doch für die Kriegskredite gestimmt. Die Grundlage, auf der sich das Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Julimehrheit vollziehe, sei unerschüttert.

Wir fassen den Sinn dieser Erklärung dahin auf, daß sich das Zentrum nicht auf eine antisozialdemokratische Blockpolitik im Sinne der Rechten festlegen will, die unter den gegenwärtigen Umständen katastrophal wirken müßte. Die Rede Scheidemanns halten wir, im Gegensatz zur „Germania" und zur „Norddeutschen", für eine erfreuliche, erfrischende und durchaus geglückte Leistung. Im übrigen: abgesehen davon, daß wir es für unmoralisch halten würden, wenn die Partei auf die Freiheit der Kritik verzichtete — wo sind denn die Leistungen, die uns zu solcher Zurückhaltung veranlassen könnten?

Der Streit unter den Unabhängigen.

Die Parteileitung gegen Mehring.

Wie schon gemeldet, hatte Franz Mehring in der „Prawda" ein Schreiben veröffentlicht, in dem er die Unabhängigen im allgemeinen, und im besonderen wegen seiner theoretischen Ablehnung des Bolschewismus, Karl Kautsky scharf angreift. Mehring klagt, daß die Arbeitermassen immer noch der sozialdemokratischen Partei oder, wie er sagt, „dem Regierungssozialismus" zuströmen, der hierdurch die Möglichkeit erhielt, die Unabhängigen „in drei Wahlkreisen vernichtend zu schlagen". Die Unabhängigen würden nicht mehr als zwei bis drei ihrer Mandate holten können. Das sei die Folge ihrer Halbheit, echt und zuverlässig seien nur die Gruppe Internationale und die Spartakusgruppe, deren einziger Fehler sei, sich den Unabhängigen angeschlossen zu haben. Von diesen würden nun die Spartakusleute als Lockspitzel verdächtigt.

Gegen diesen Brief, der nach Mehringscher Art mit persönlichen Angriffen auf Kautsky dicht gespickt ist, erläßt nun die Parteileitung der Unabhängigen eine Erklärung, in der es heißt:

Die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist durch die Wahlresultate nicht enttäuscht worden, da sie sich keine Illusionen über die Stimmung der Mitläufer gemacht hat, auf die sie infolge des Raubes der Zeitungen und des Belagerungszustandes eine genügende Anziehungskraft auszuüben nicht in der Lage war. Die Unabhängige Sozialdemokratie will nicht, wie Genosse Mehring behauptet, zurück zu der „alten erprobten „Taktik" mit „ihren glänzenden Siegen" von Wahl zu Wahl. Sie ist keine nur-parlamentarische Partei und will es nicht sein. Sie erblickt auch in den glänzendsten Wahlsiegen nur ein Mittel und nicht das ausschlaggebende für den proletarischen Befreiungskampf.

Die Erklärung weist darauf hin, daß die Unabhängigen bei zwei der drei Unglückswahlen Spartakusmänner aufgestellt hätten, nämlich **Heckert** und — **Mehring** und daß sie den letzteren in den Landtag entsendet habe. Sie verwahrt sich dagegen, daß gegen die Spartakusleute der Vorwurf des Lockspitzeltums erhoben worden sei und bezeichnet Kautskys Ablehnung des Bolschewismus lediglich als dessen persönliche Ansicht.

Letzte Nachrichten.

Mobilmachung der Arbeiter Moskaus.

Moskau, 7. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Rat der Volkskommissare hat die Mobilmachung der im Jahre 1896 und 1897 geborenen und dauernd oder vorübergehend in Moskau wohnenden Arbeiter angeordnet. Durch einen Erlaß des Kriegskommissars Trotzki wird die Löhnung der Soldaten der Roten Armee für Unverheiratete auf 150 und für Verheiratete auf 250 Rubel monatlich erhöht. Die Maßregel ist veranlaßt durch die Verpflichtungen und die ernste Arbeit, die den Soldaten in der letzten Zeit durch den Kampf auf der inneren und der äußeren Front verursacht worden ist.

Explosion eines Munitionszuges.

Genf, 8. Juli. „Progrès de Lyon" meldet aus Bourges: Vergangenen Mittwoch, nachts, explodierte ein Munitionszug auf der Fahrt nach der Front im Bahnhof Nonhan-le-Fusélier. Der Bahnkörper wurde schwer beschädigt, die Züge erleiden große Verspätung. Im Bahnhof von Saint-Denis flog ein Eisenbahnwagen mit pharmazeutischen Produkten in die Luft. Es gab zehn Verwundete; bedeutender Sachschaden wurde angerichtet.

Zur Frage der Steuerpolitik.

Erwiderung Eduard Bernsteins.

In meiner Einsendung, die Sie in Ihrer Nummer vom 7. Juli abgedruckt haben, ist ein Druckfehler, an dessen Richtigstellung mir liegt. Nicht „die Ausländer werden es nicht verstehen," sondern „die Arbeiter werden es nicht verstehen" war das Argument, das gegen die Abstimmung der sozialdemokratischen Mitglieder der Steuerkommission von 1906 in Sachen der Tantiemesteuer geltend gemacht wurde. Und zwar war es Otto Hue, der damals zuerst diesen Einwand in der Fraktion erhob, wobei er auf die großen Tantiemen in der Montanindustrie hinwies. Erst nachdem noch einige andere Fraktionsmitglieder sich ähnlich geäußert, nahm Bebel das Wort und erklärte, er glaube, man müsse diesem Umstand Rechnung tragen. Es solle aber, so fügte er hinzu, damit kein Tadel gegen die Haltung der Kommissionsmitglieder ausgesprochen sein.

Ich stelle das fest, weil Wilhelm Keil in seiner heutigen Einsendung wieder Bebel als „Führer" der damaligen Gegenbewegung hinzustellen sucht. Nein, Bebel war nicht der Führer, sondern der Geführte — nach meiner Ansicht sogar der Angeführte. Denn die Steuer trifft gar nicht das, was sie anscheinend treffen soll. Nicht nur formell, sondern tatsächlich wird sie gerade in der Montanindustrie von den Gesellschaften und nicht von den Aufsichtsräten gezahlt, deren Bezüge seitdem wahrhaftig nicht kleiner geworden sind. Bei den Gesellschaften aber sind die Tantiemen an die Aufsichtsräte, die doch immerhin etwas tun, verschwindend im Verhältnis zu den Riesensummen, die in Form von Dividenden an die Aktionäre gezahlt werden, die doch gar nichts tun. Als ein Stück Steuerpolitik ist die Tantiemesteuer so, wie sie damals geschaffen wurde, Stümperei.

Es ist aber selbstverständlich zweierlei, ein Gesetz erst schaffen helfen und für die Erhöhung der Sätze des schon bestehenden Gesetzes stimmen. Im ersteren Falle übernimmt man ein Teil der Verantwortung für das Wesen des Gesetzes, im letzteren dagegen handelt es sich nur noch um den Steuersatz selbst. Meine Opposition hatte aber nichts mit einer Absicht zu tun, die reichen Bergwerks- usw. Gesellschaften zu schonen. Ganz im Gegenteil. Nur wer die Dinge nicht kennt oder den Sinn für die Steuergrundsätze der Sozialdemokratie verloren hat, kann zwischen meiner damaligen und jetzigen Abstimmung einen grundsätzlichen Gegensatz herauskonstruieren.

Keils erneute „Feststellung", daß ich im Reichstag gesagt habe, wir von der Unabhängigen Sozialdemokratie ständen dem Börsenumsatzstempel uninteressiert gegenüber, stellt den Sinn meiner Ausführungen falsch hin. Tatsächlich habe ich schon dort hervorgehoben, daß die hohen Sätze der Steuer dazu führen können, schlimmere Wirkungen der Spekulation als die bisherigen herbeizuführen und das Börsenkapital noch mehr, als das schon jetzt der Fall ist, zu konzentrieren. Dann fahre ich laut Stenogramm fort:

„Meine Herren, das ist das Bedenken, das sich uns bei dieser Steuer aufdrängt. Wir wollen nicht die Macht der großen Finanzbanken, die sich in verschiedener Hinsicht, auch politisch, in so schädlicher Weise geltend macht, noch verstärken. Im übrigen stehen wir der Vorlage uninteressiert gegenüber. Es ist eine Angelegenheit, die die Kapitalisten angeht und die sie unter sich abmachen mögen. Wir werden nicht kapitalistischer sein, als die Kapitalisten selber es sind." (Stenogramm vom 24. April d. J., S. 4783.)

„Im übrigen"! Wer lesen kann und lesen will, wird ohne weiteres begreifen, daß dies auf die rein fiskalische Seite der Steuer geht zum Unterschied von ihrer volkswirtschaftlichen Seite. Die fiskalische Seite allein, ob die Steuer Kapitalisten hart trifft oder nicht, ist kein Interesse der Arbeiterklasse. Wohl aber ist diese daran interessiert, wie eine Steuer die Volkswirtschaft treffen wird. Aus dem zitierten das eine Wort „uninteressiert" herauszureißen und es so zu deuten als solle es besagen, daß die Steuer die Sozialdemokratie unter keinem Gesichtspunkt interessiere, ist eine Fälschung meiner Darlegungen.

Auch der Standpunkt der Gothein und Genossen wird falsch dargestellt, wenn Keil sie schlechthin als diejenigen erscheinen läßt, die „nicht zahlen wollen", und ihre Gegner in dieser Frage, die Konservativen usw. als diejenigen, die „zahlen wollen". Tatsächlich ist der Gegensatz ein ganz anderer, wie man das unter anderem von Herrn Dernburg in der Sonntagnummer des „Berliner Tageblatts" eingehend und klar auseinandergesetzt findet.

Schließlich muß ich es als eine grobe Unwahrheit bezeichnen, wenn Keil schreibt, ich griffe „seit Wochen in endlosen Artikeln" die Steuerpolitik seiner Fraktion an. Tatsächlich habe ich nur Artikel über die Steuerpolitik und Steueranträge der Unabhängigen Sozialdemokratie veröffentlicht und dort an zwei oder drei Stellen den Unterschied gekennzeichnet, der zwischen diesen und der Steuerpolitik besteht, die jetzt von Keil und Genossen vertreten wird. Ich habe mich dabei streng an die Sache gehalten, während Keil zu persönlichen Verdächtigungen und Verunglimpfungen seine Zuflucht nimmt. Indes hat er eine Entschuldigung: er muß. Wie könnte er sonst einen Standpunkt rechtfertigen, bei dem der fiskalische Gesichtspunkt die großen politischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Hintergrund drängen darf, die für Sozialdemokraten bisher an erster Stelle maßgebend gewesen sind?

Berlin-Schöneberg, den 8. Juli 1918.

Ed. Bernstein.

Um die Arbeitskammern.

Das Unannehmbar der Regierung.

Der Ausschuß hielt am Montag seine letzte Sitzung vor den Ferien. Beschlossen wurde, daß für die dem Verkehr dienenden gemeinnützigen Staatsbetriebe Arbeitskammern innerhalb der betreffenden Betriebsverwaltung gebildet werden, und daß für die Wahlen der Arbeitervertreter sinngemäß die Vorschriften des Gesetzes gelten. Das bedeutet, daß direkte Wahlen auch für die Eisenbahnerkammern stattfinden und daß ihre Organisationsfunktionäre wählbar sind. Weiter wurde beschlossen, daß die Fachkammern nur die besonderen Verhältnisse des Gewerbes, für welche sie errichtet sind, zu erörtern und zu beschließen haben, daß aber bei Beratungen der allgemeinen Arbeitskammern über Angelegenheiten, welche gemeinsame wirtschaftliche oder soziale Interessen aller Arbeiter oder Unternehmungen des Bezirks der Kammer betreffen, Vertreter der Arbeitnehmer und Unternehmer aus den besonderen Kammern in die allgemeine Kammer eintreten.

Von Bedeutung ist eine Erklärung des Regierungsvertreters, daß sie unter der grundsätzlichen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, über die die Eisenbahner die Einigungsämter der Arbeitskammer anrufen können, die gesamten Fragen des Arbeitsverhältnisses versteht, also die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, der Annahme, des Urlaubs usw.

Der Staatssekretär Frhr. v. Stein hielt sich für verpflichtet, der Kommission zum Schlusse noch einmal seine ernsten Bedenken gegen eine Reihe der von der Kommission gefaßten Beschlüsse vorzutragen. Die Regierung habe den ernsten Wunsch, daß aus den Beratungen der Kommission Ersprießliches erwachse. Die Regierung müsse jedoch daran festhalten, daß der fachliche Aufbau der Kammern das Primäre sein müsse, und daß territoriale Kammern nur für den Rest der durch fachliche Kammern nicht erfaßten Arbeiter in Frage kommen könnten. Auch an der Umgrenzung der Personenkreise, wie sie der Entwurf vorsehe — also Ausschließung der Seeleute und Landarbeiter — meine die Regierung unbedingt festhalten zu müssen. Er fürchtet, daß bei dieser Sachlage die Arbeiten der Kommission vergeblich sein könnten.

In eine Erörterung dieser Erklärung trat die Kommission nicht ein.

Gewerkschaftsbewegung

Die Berliner Gewerkschaften im Jahre 1917.

Die durch die Folgen des Krieges verursachte rückläufige Bewegung in den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften ist zum Stillstand gekommen, der Aufstieg hat wieder eingesetzt. Das ist die erfreuliche Tatsache, die in letzter Zeit wiederholt festgestellt werden konnte, und die auch bestätigt wird durch den soeben erschienenen **Jahresbericht der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.** Der Bericht sagt, daß die Mitgliederzahl der Organisationen, welche der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, im Jahre 1912 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Das folgende Jahr 1913 stand bereits unter dem Anzeichen einer ungünstigen Wirtschaftskonjunktur. Infolge der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sank im letztgenannten Jahr die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um zirka 10 000. Im Jahre darauf brach der Krieg aus. Die wehrpflichtigen Männer mußten zu den Fahnen. Die Zahl der männlichen Mitglieder verringerte sich dadurch außerordentlich. Ende des Jahres 1914 war der Mitgliederbestand von 301 986 auf 237 151 oder um 21,5 Proz. gesunken. Im Jahre 1915 erfolgten die meisten Einziehungen zum Heeresdienst. Die Mitgliederziffer erfuhr eine weitere Verminderung von 237 151 auf 144 159 oder 39,5 Proz. Damit wurde die größte Prozentziffer in der Abnahme erreicht, denn im Jahre 1916 betrug die Abnahme nur noch 3,8 Proz., die Gesamtmitgliederzahl sank in diesem Jahre von 144 159 auf 138 665.

Das Jahr 1917 hat eine Aufwärtsbewegung gebracht. Nach den der Gewerkschaftskommission gemachten Angaben betrug die Mitgliederzahl der ihr angeschlossenen 47 Gewerkschaften am Ende des Jahres 167 702. Gegenüber dem Vorjahre ist das eine

Zunahme von 29 037 Mitgliedern

oder eine Steigerung um 17,3 Proz. Von dieser Zunahme entfallen auf die männlichen Mitglieder 9937, auf die weiblichen 19 088 und auf die jugendlichen 12. Der Bericht bezeichnet dies Ergebnis, soweit es sich in den angegebenen Zahlen ausdrückt, als erfreulich, er sagt aber, wenn man die Zahlen kritisch betrachtet, so kann das Resultat nach einer Richtung hin nicht befriedigen. In Groß-Berlin werden viele Hunderttausende weiblicher Arbeitskräfte beschäftigt. Ihre Zahl hat allein im Berichtsjahr um 86 000 zugenommen. Stellt man diesen Ziffern die Zahl der weiblichen Organisierten gegenüber, so ergibt sich ein so starkes Mißverhältnis, daß man zweifeln kann, ob es jemals gelingen wird, einen nennenswerten Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte den Organisationen zuzuführen. Bei den männlichen Personen liegt es nicht ganz so schlimm, immerhin läßt auch hier der Prozentsatz der Organisierten zu den Beschäftigten noch viel zu wünschen übrig.

Die Fluktuation, besonders bei den weiblichen Mitgliedern ist gegen das Vorjahr wieder gestiegen. Bei 167 702 Mitgliedern waren nicht weniger als 106 564 oder 63 Proz. Neuaufnahmen zu verzeichnen. Diese Ziffer wird, wenn man die Zahlen der weiblichen Mitglieder und der aufgenommenen weiblichen Personen in Vergleich stellt, von dieser Gruppe bei weitem überstiegen. Der weibliche Mitgliederbestand betrug am Jahresschluß 51 924, gegen das Vorjahr ein Mehr von 19 088. Aufgenommen wurden in demselben Zeitraum 63 586. Auf je 100 weibliche Mitglieder, die am Jahresschluß vorhanden waren, kommen 124 Neueintritte.

Bei den Männern betrug die Fluktuationsziffer bei 40 338 Neueintritten nur 36 Proz., somit 27 Prozent weniger als im Durchschnitt. In einzelnen Gruppen, wie im Metallarbeiterverband, ist die Fluktuation leider erheblich größer, als wie es bei der Durchschnittsziffer in die Erscheinung tritt. An der

Zunahme der Mitglieder

sind von 47 Gewerkschaften 25 beteiligt, eine Gewerkschaft ist im Mitgliederbestande gleich geblieben, fünf Gewerkschaften haben keine Angaben gemacht und bei 16 Gewerkschaften ist eine Abnahme von zusammen 1481 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Abnahmen sind verhältnismäßig gering, nur bei fünf Gewerkschaften wird die Zahl von 100 überschritten.

Die Zunahme ist bei einigen Gewerkschaften verhältnismäßig recht bedeutend, wie diese Aufstellung ergibt:

	Absolute Zunahme	In Prozent
Bureauangestellte	988	36,5
Fabrikarbeiter	2 085	37
Gemeindearbeiter	954	16,7
Handlungsgehilfen	1 648	41
Holzarbeiter	1 412	11,6
Metallarbeiter	18 584	25,2
Sattler und Portefeuiller	1 731	40
Tapezierer	321	32
Textilarbeiter	908	41
Transportarbeiter	1 024	6,8

Von der Gesamtmitgliederzahl von 167 072 musterten

die zehn größten Gewerkschaften

allein rund 82 Proz. oder in der absoluten Ziffer 138 088 Mitglieder. Es sind diese:

		In Prozent zur Gesamtzahl
Metallarbeiter	73 558	44
Transportarbeiter	16 124	9,5
Holzarbeiter	12 197	7,2
Buchdrucker	5 833	3,5
Gemeindearbeiter	5 718	3,4
Fabrikarbeiter	5 642	3,3
Buchbinder	5 286	3,1
Schneider	5 086	3
Bauarbeiter	4 342	2,5
Sattler	4 302	2,5
	138 088	82

Die finanziellen Ergebnisse.

Die Aufwärtsbewegung in der Mitgliederzahl drückt sich auch in den finanziellen Ergebnissen der Berliner Gewerkschaften aus. Die Einnahmen betragen insgesamt 11 381 346 M. gegen 10 438 427 Mark des Vorjahres. Es ist dies eine Mehreinnahme von 942 919 Mark oder 8,28 Proz.

Den Einnahmen steht eine Gesamtausgabe von 6 429 291 M. gegenüber. Diese Ausgaben betragen 56,4 Proz. der Gesamteinnahmen und verteilen sich auf diese Posten:

Streikunterstützung	13 735,95
Maßregelungsunterstützung	1 594,—
Reiseunterstützung	11 191,47
Arbeitslosenunterstützung	91 657,30
Krankenunterstützung	687 179,20
Sterbefallunterstützung	201 637,55
Invalidenunterstützung	206 118,70
Rechtsschutzunterstützung	17 276,65
Besondere Unterstützung	125 580,50
An zum Heeresdienst eingezogene Mitglieder	21 948,18
An Frauen der Kriegsteilnehmer	428 304,27
An die Hauptkassen gezahlt	2 618 534,90
Oertliche Ausgaben	1 666 023,38
Besondere Ausgaben	308 504,77
	6 429 291,82

Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um ein geringes, nämlich um 218 408 M. oder 3,4 Proz., gestiegen. Diese Tatsache legt Zeugnis davon ab, daß die Gewerkschaften im allgemeinen wohl in Hinsicht auf kommende Zeiten sparsam gewirtschaftet haben. Es verblieb am Jahresschluß ein Kassenbestand von 4 962 055 M. (43,6 Prozent der Gesamteinnahme), gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 615 244 M.

Alles in allem kann der finanzielle Stand der Berliner Gewerkschaften als durchaus günstig bezeichnet werden.

Nach Beendigung des Krieges werden den Gewerkschaften eine ungeahnte Fülle von Aufgaben erwachsen, für die sie nach zwei Richtungen gerüstet sein müssen, einmal durch Vergrößerung ihrer Mitgliederzahlen, zum anderen durch Stärkung ihrer Finanzen. Möge diese Zeit nicht mehr fern liegen.

Weihnachtsgratifikation bei Rudolph Hertzog.

Die in der Schneiderwerkstatt der Firma Rudolph Hertzog beschäftigten Arbeiterinnen erhielten seit Jahren eine Weihnachtsgratifikation. Vergangene Weihnachten wurde jedoch die Gratifikation nicht ausgezahlt. Der Grund, daß den Arbeiterinnen die Gratifikation entzogen wurde, scheint der zu sein, daß der Schneidertarif die Firma zur Gewährung von Lohnerhöhungen verpflichtete. Vielleicht sollte durch den Fortfall der Weihnachtsgratifikation erspart werden, was an Lohnzulagen gezahlt werden mußte. Die Arbeiterinnen beriefen sich auf den Tarif, der die Bestimmung enthält, daß die bisherigen Vergünstigungen im Lohnverhältnis bestehen bleiben. Eine solche Vergünstigung sei doch ohne Zweifel die Weihnachtsgratifikation, sie müsse also weitergezahlt werden. Die Firma dagegen beharrte bei ihrer Weigerung und sagte, die Gratifikation sei eine freiwillige Zuwendung, auf welche die Arbeiterinnen keinen Rechtsanspruch hätten. Die Arbeiterinnen, 118 an der Zahl, klagten nun beim Tarifschiedsgericht auf Zahlung der Gratifikation im Gesamtbetrage von 8755 M. Die Firma wurde denn auch verurteilt, die Gratifikation in der bisherigen Form und Höhe an die Klägerinnen zu zahlen. Die Berufung, welche die Firma beim Tarifamt einlegte, wurde verworfen. Nachdem das Urteil der Tarifinstanzen rechtskräftig geworden war, zahlte die Firma immer noch nicht. Sie wollte den Streitfall aus Prinzip durchfechten. Die Klägerinnen beantragten nun beim Gewerbegericht die Erteilung der Vollstreckungsklausel. Hätten sie diese bekommen, dann wäre der Streitfall erledigt gewesen, denn mit der Vollstreckungsklausel in der Hand hätten die Arbeiterinnen nötigenfalls den Gerichtsvollzieher zu Rudolph Hertzog schicken können.

Aber der Vorsitzende der Kammer 1 des Gewerbegerichts, Magistratsrat Dr. Leo, erklärte, wegen eines Formfehlers in dem Urteil des Tarifschiedsgerichts könne die Vollstreckungsklausel nicht erteilt werden. In dem Urteil war nämlich nicht angegeben, auf welchen Betrag jede einzelne Klägerin Anspruch hatte. In einer dem Urteil beigegebenen Anlage waren zwar die Einzelforderungen jeder Klägerin aufgeführt, aber der Urteilstenor selbst sagte nur, daß die Weihnachtsgratifikation in der bisherigen Form und der bisherigen Höhe weiterzuzahlen ist. Dr. Leo sagte, wenn diesem Urteil, das die zu zahlenden Beträge nicht angibt, die Vollstreckungsklausel gegeben werde, so könne doch der Gerichtsvollzieher nichts damit anfangen.

Auf Anraten des Vorsitzenden wurde nun die Angelegenheit als eine neue selbständige Gewerbegerichtsklage behandelt. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung der Firma zur Zahlung der von den Klägerinnen geforderten Beträge. Nach der vom Vorsitzenden gegebenen Urteilsbegründung hat das Gericht nicht angenommen, daß die seit Jahren gewährte Weihnachtsgratifikation als ein Teil des Lohnes anzusehen ist und auf Grund der erwähnten Tarifbestimmung weiterzuzahlen ist, sondern das Gericht hält in Uebereinstimmung mit der beklagten Firma die Gratifikation für eine Schenkung, die nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs jederzeit rückgängig gemacht werden kann. Aber im § 534 B.G.B. heißt es: „Schenkungen, durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wird, unterliegen nicht dem Widerruf." — Auf diese Bestimmung stützt sich das Urteil des Gewerbegerichts. Es nimmt an, daß es eine Anstandspflicht sei, eine seit Jahren gewährte Weihnachtsgratifikation weiterzuzahlen.

Daß es nicht möglich gewesen sein sollte, auf Grund des Tarifschiedsgerichtsurteils nebst Anlage eine einwandfreie Vollstreckungsklausel zu erteilen und damit den Klägerinnen die Beträge zukommen zu lassen, auf die sie Anspruch haben, will dem Laienverstande nicht einleuchten. Wenn auch das Gewerbegericht den Klägerinnen die Gratifikation zugesprochen hat, so steht der beklagten Firma nunmehr die Berufung an das Landgericht zu. Durch die juristischen Bedenken des Gewerberichters ist also ein Streitfall, der durch die Tarifinstanzen bereits rechtskräftig entschieden war, von neuem aufgerollt und vor das ordentliche Gericht gebracht worden, dem keine sachkundigen Richter angehören. — Dem Sinne des Tarifvertrages entspricht das auf keinen Fall. Vielleicht erläßt das Tarifschiedsgericht nächste Weihnachten, wenn die Gratifikation wieder ausbleibt, ein formell einwandfreies Urteil, dem keine juristischen Bedenken entgegengesetzt werden können.

Tariffragen im Zimmererverband.

Eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter des Zimmererverbandes, die kürzlich in Leipzig abgehalten wurde, beschäftigte sich unter anderem mit Tariffragen und mit den Teuerungszulagen.

Während des Krieges ist in einer Reihe von Zahlstellen des Verbandes eine starke Strömung gegen den Tarifvertrag aufgetreten, die noch durch verschiedene Entscheidungen der Hilfsdienstausschüsse begünstigt wurde. Auch die angesichts der verteuerten Lebenshaltung ganz unzulänglichen Teuerungszulagen im Baugewerbe haben zur Verstärkung dieser Strömung beigetragen. Ungeachtet dessen stellte sich die Konferenz auf den bisher schon vom Zimmererverbande vertretenen Standpunkt: für Tarifverträge, nicht aber Tarifverträge um jeden Preis! Darüber ließen indes die Teilnehmer keinen Zweifel, daß in Mitgliederkreisen allgemein mit einer baldigen weiteren Teuerungszulage gerechnet werde, da die Bestreitung des Lebensunterhalts bei dem heutigen Einkommen einfach unmöglich sei. Zahlreiche Anträge in dieser Richtung sind übrigens dem Zentralvorstand bereits zugegangen. Darüber hinaus wird auch eine stärkere, und zwar entscheidende Mitwirkung der Zahlstellen an dem Zustandekommen von Vereinbarungen gefordert.

Ferner sprach sich die Konferenz über eine Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens aus. Da diese Angelegenheit nur von einer Generalversammlung des Verbandes erledigt werden kann, so beschloß die Konferenz auf Vorschlag des Verbandsvorstandes, daß nächstes Frühjahr eine Generalversammlung stattfinden soll, falls sich die Einberufung derselben nicht früher nötig machen sollte.

Parteinachrichten.

Redaktionswechsel. Genosse Eduard Adler, der seit 18 Jahren die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" leitete, ist aus der Redaktion wegen eines Augenübels ausgeschieden. Zu seinem Nachfolger ist der frühere Lehrer des Bildungsausschusses Genosse Bernhard Rausch gewählt worden.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Wärmer, im Küstengebiete veränderlich und öfter etwas Regen, im Binnenlande zunächst trocken, vielfach heiter, später im Südwesten strichweise Gewitter.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Rentkölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.